Nr. 96 — 14. Jahrgang | Einzelnummer 0.30 Złoty | Katowice, den 7. April 1932

Ostdeutsche Morgenpost

Herausgeber: Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Marjacka 1. Tel. 483; P. K. O. Katowice, Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z ogr. odp., Konto 301 989.

Erste oberschlesische Morgenzeitung

Erscheint täglich, auch Montags (siebenmal in der Woche). Bezugspreis: 5 Zloty.

Tardieus „Verhandlungsgrundlage"

Ostlocarno und Revisionsverzicht

Frankreichs Forderungen für stillschweigende Moratoriums-Verlängerung — Anerkennung aller territorialen Bestimmungen von Versailles — Nichtanrührung der Kriegsschuldlüge

Verhandlungsbeginn der Viermächtekonferenz

(Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion)

Berlin, 6. April. Der Londoner Korrespondent des „Lokalanzeiger" meldet aus zuverlässiger Quelle, die Uebereinstimmung zwischen MacDonald und Tardieu sei dadurch erzielt worden, daß Tardieu dem englischen Premierminister versprochen habe, auf der Lausanner Konferenz in der Reparationsfrage gegenüber Deutschland dann nicht weiter dringlich zu werden, wenn Deutschland sich jetzt schon in London verpflichte, in den territorialen Versailler Fragen, also Korridor, Memelland, Danzig und Grenze Oberschlesien still zu sein. Deutschland solle sich weiter verpflichten, die Kriegsschuldlüge nicht in die wirtschafts- und finanzpolitischen Verhandlungen in Lausanne hereinzubringen.

Dann wolle Tardieu auf die Frankreich zustehenden bedingungslosen Tribute stillschweigend verzichten, d. h. das Hoover-Moratorium fortsetzen, was England als ein wirtschaftspolitisches Entgegenkommen im Interesse der Beruhigung Europas betrachte.

An hiesigen zuständigen Stellen ist von solchen Plänen nichts bekannt geworden. Es ist aber durchaus nicht unwahrscheinlich, daß Frankreich die bevorstehenden Auseinandersetzungen über die Donaufrage zum Anlaß nehmen will, um seine alte, auch im letzten Sommer verratene Absicht, Deutschland durch Versprechungen und Drohungen zu einer Art Gottesfrieden auf begrenzte oder unbegrenzte Zeit zu bewegen, wieder verfolgen wird. Es kann natürlich keine Rede davon sein — das entspricht auch der Meinung und dem Willen in maßgebenden Kreisen — daß die deutsche Regierung solchen Versuchen, die auf eine freiwillige Annahme der Versailler Knebelungsbestimmungen hinauslaufen, auch nur um Haaresbreite nachgeben wird.

Ueber den ersten Verhandlungstag der Londoner

Viermächtekonferenz

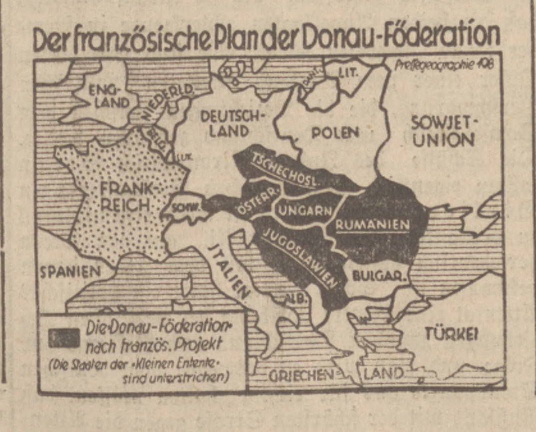
über die Donaufrage ist ein Bericht ausgegeben worden, in dem es heißt:

„Es wurde ein Ausschuß gebildet, der über die gegenwärtigen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse der Donaustaaten sowie über die Art der für eine Lösung am besten geeigneten Maßnahmen zu berichten hat. Der Bericht soll morgen erstattet werden. Die Vertreter der vier Mächte kamen weiterhin überein, einen kleinen Sachverständigenausschuß einzusetzen, der die durch den kürzlich veröffentlichten Bericht des Finanzausschusses des Völkerbundes angeschnittenen Fragen prüfen soll."

In der deutschen Delegation hat man von dem ersten Tag der Viermächtekonferenz den Eindruck gewonnen, daß die Verhandlungen **noch kein klares Bild über den Gang der nächsten Tage** abgezeichnet haben. Von deutscher Seite wurde aber schon heute zur Sprache gebracht, daß man **die Donaufrage nicht allein lösen könne, ohne die Weltwirtschaftskrise zu berücksichtigen.**

Von maßgebender englischer Seite wird zu dem offiziellen Bericht über die Nachmittagssitzung erläuternd folgendes erklärt:

„Man hat heute zunächst einmal die allgemeinen Grundsätze erwogen. Der Ausschuß wird die Einzelheiten untersuchen. Ziel der Zusammenkunft der vier Großmächte ist, Maßnahmen zu finden, um die Donaustaaten auf eigene Füße zu stellen. Die Sitzung verlief in vollster Einmütigkeit. Der Sachverständigenausschuß, in dem England durch Sir Leith Roß vertreten ist, wird den Bericht des Finanzkomitees des Völkerbundes zu untersuchen haben, ob er **Grundlage für sofortige wirksame Maßnahmen sein kann.** Seine Mitglieder werden nicht von der Konferenz, sondern von den Delegationsführern selbst ernannt werden. Man hofft, auf diesem Wege praktischere Arbeit für die Donaustaaten zu leisten."



*

Paris, 6. April. Havas veröffentlicht ein Dementi, wonach die vom **„Echo de Paris"** aufgestellte Behauptung, die französischen und englischen Delegierten hätten sich geeinigt, den Donauländern und besonders Südslawien eine Politik der Währungsentwertung anzuempfehlen, nicht den Tatsachen entsprechen soll.

Ein-Jahr-Moratorium für Junckers

Professor Junkers hat beim Amtsgericht Dessau den Vergleichsantrag für die Forschungsanstalt eingereicht. Der Vergleichsantrag für die übrigen Werke soll ebenfalls noch in dieser Woche erfolgen. Der Vorschlag sieht ein **Moratorium von einjähriger Dauer** vor mit der Maßgabe, daß der Gläubiger-Ausschuß **in die Geschäftsführung Einblick erhält.**

Litauen möchte Anklage vermeiden

Verhandlungen mit den Memel-Signatarmächten

(Telegraphische Meldung)

Kowno, 6. April. Die litauische Regierung hat mit den Signatarmächten der Memelautonomie über die Form verhandelt, in der der Fall Böttcher dem Haager Schiedsgerichtshof unterbreitet werden soll. Die litauische Regierung soll darum bemüht sein, daß die Angelegenheit nicht in der Form der Klage vorgebracht wird. Litauen soll den Signatarmächten vorgeschlagen haben, daß alle Unterzeichner der Memelkonvention einschließlich Litauens sich gemeinsam an den Haager Gerichtshof wenden.

Revirement

(Drahtmeldung uns. Berliner Redaktion)

Berlin, 6. April. Das diplomatische Revirement hat begonnen. Der Vortragende Legationsrat Freiherr von Reiswitz, bisher im Auswärtigen Amte, wird Gesandter in Santiago. Sein dortiger Vorgänger, Olshausen, wird zur Disposition gestellt. Der jetzige Chef des Protokolls, Vortragender Legationsrat Graf Tattenbach, ist zum Gesandten in Caracas ernannt worden. Vortragender Legationsrat König im Auswärtigen Amt ist zum Gesandten in La Paz, Gesandter Mudra und Konsul Völkers in Genf sind in das Auswärtige Amt einberufen worden.

Die zur Bergbau A.-G. Lothringen, Hannover, gehörende Zeche Vereinigte Präsident, Bochum, sieht sich gezwungen, wegen Absatzmangels 750 Arbeiter und 50 Angestellte zu entlassen.

Die deutsch-polnische „Wirtschaftsverständigung"

Von

E. K.

Das Ziel der am 26. März d. J. in Warschau zum Abschluß gebrachten deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen war, „einer weiteren Verschärfung des Zollkrieges vorzubeugen und die aus der letzten Zeit stammenden Beschränkungen des Handels zwischen den beiden Ländern zu beseitigen". Die noch vor wenigen Tagen abgegebene offiziöse Erklärung, dieses Ziel sei „im wesentlichen erreicht und die Einfuhrmöglichkeiten, wie sie zu Ende des Vorjahres bestanden, seien im großen ganzen wiederhergestellt worden", trifft nicht zu, wie man unschwer erkennt, wenn man sich die bisherigen gegenseitigen Zollverhältnisse und die jetzt eintretenden Aenderungen vergegenwärtigt.

Auf deutscher Seite bestanden:

1. Einfuhrverbote seit 1925,
2. Kampfzölle von 1925,
3. war der deutsche Obertarif veröffentlicht worden, der mit Wirkung vom 1. April d. J. insbesondere Polen gegenüber Anwendung finden sollte mit Ausnahme von gewissen, ausdrücklich bezeichneten Positionen des deutschen Zolltarifes.

In Verfolg der deutsch-polnischen Verhandlungen in Warschau sind die unter Ziffer 1 und 2 genannten umfangreichen deutschen Einfuhrverbote und die deutschen Kampfzölle gegen Polen von 1925 mit Wirkung vom 1. April d. J. aufgehoben worden. Die unter diese Beschränkungen fallenden Erzeugnisse werden vom 1. April an zu den wesentlich erhöhten Zollsätzen des deutschen Obertarifes verzollt.

Auf polnischer Seite bestanden:

a) eine allgemeine Einfuhrverbotliste gegenüber allen Ländern,
b) eine allgemeingültige Zollvalorisierung, bedingt durch die Entwertung des Zloty,
c) eine allgemeingültige Zollmanipulationsgebühr, von 10 auf 20% heraufgesetzt,
d) zusätzliche Einfuhrverbote gegenüber Deutschland,
e) Zollerhöhungen vom 29. 12. 1931 mit Wirkung vom 1. 1. 1932,
f) ein Einfuhrverbot vom 21. 12. 1931 ebenfalls mit Wirkung vom 1. 1. 1932,
g) Maximalzolltarif (200% über den autonomen Zollsätzen) auf die früher polnischen Kampfmaßnahmen unterworfenen deutschen Waren.

Die Maßnahmen unter a—c betrafen die Einfuhr aus allen Ländern, wenn sie auch in erster Linie auf den deutschen Absatz nach Polen hem-

1 £ = 15.89 RM.
Vortag: 15,87 Mark.

General von Schleicher 50 Jahre

Der heute am meisten genannte deutsche General, v. Schleicher, wird am 7. April 50 Jahre Schleicher ist der erste Ratgeber des Reichswehrministers Dr. Groener in allen militärpolitischen Angelegenheiten. Schon in den schweren Monaten, die dem Staatsumsturze folgten, betreute Schleicher das politische Referat im Stabe Hindenburgs und Groeners. Mit diesem Stoffgebiet ist der heute Fünfzigjährige noch heute befaßt. Inzwischen war er der Vertraute Noskes und Geßlers. Wenn in den abgelaufenen zwölf Jahren in der Wehrpolitik eine bestimmte Linie festzustellen ist, so kann daran der Bearbeiter, der vierzehn Jahre lang die Feder führte, nicht unbeteiligt sein. Die Reichswehrpolitik war von 1919 bis 1932 einheitlich. Man entfernte die Parteipolitik aus dem Heere; machte die Wehrmacht zu einem zuverlässigen Instrument in der Hand des Reichspräsidenten. Ohne die gehorsame, schlagfertige Truppe hätte Hindenburg die ihm vom Reichskanzler Dr. Brüning vorgeschlagene Politik niemals führen können. Nur mit ihrer Hilfe war es möglich, sich von dem arbeitsunfähigen und arbeitsunwilligen Reichstag zu emanzipieren. Schleichers langjährige Bemühungen galten der Wiederherstellung der Staatsautorität. Wenn sie nur so weit wiederhergestellt ist, wie der Arm der Reichswehr reicht, liegt es daran, daß außerhalb dieser Organisation die Parteipolitik ihre zersetzende Arbeit, tut. Schleicher war auch allen denen im Wege, die die Reichswehr ihren parteipolitischen Zwecken dienstbar machen wollten. Die einen nennen ihn einen Bürogeneral; den anderen ist er der Träger finsterer, reaktionärer Pläne. Man kann in derselben Stunde hören, daß er Hitler in den Sattel helfen möchte und daß er gegen das nationale Deutschland wühle. Jedenfalls hat er niemals das Bekenntnis irgendeiner „Gesinnungstüchtigkeit" abgelegt. Aber seine Tüchtigkeit ist bewiesen und seine Geschicklichkeit, sein politischer Instinkt, seine Zielklarheit und Zähigkeit.

---

mend wirken mußten. Besonders das unter d) genannte „alte" Einfuhrverbot von 1925 gegen deutsche Waren war ebenso wie das „alte" deutsche Einfuhrverbot von 1925 die Hauptwaffe im deutsch-polnischen, nunmehr 7jährigen Zollkriege. Durch die unter e) und f) genannten, zwar auf alle Länder abgestellten, in der Wirkung hauptsächlich auf die deutsche Einfuhr berechneten Zollerhöhungen und Einfuhrverbote wurde der deutsche Export nach Polen umso mehr behindert, als entgegen den Zusagen amtlicher polnischer Stellen Einfuhrbewilligungen für einfuhrverbotene Waren überhaupt nicht oder nur dann gegeben wurden, wenn der polnische Importeur den Nachweis erbrachte, daß die Waren aus anderen Ländern nicht bezogen werden konnten.

Während nun bis in die letzte Zeit hinein auf deutscher Seite die Erwartung bestand, daß die alten polnischen Einfuhrverbote von 1925 ebenso wie die entsprechenden deutschen aus dem gleichen Jahre aufgehoben und die darunter fallenden Erzeugnisse mit dem in Aussicht stehenden polnischen Maximalzoll belegt werden würden (wie auch die deutschen Einfuhrverbote vom gleichen Jahre durch den Obertarif abgelöst worden sind), stellt sich jetzt heraus, daß die polnischen Einfuhrverbote gegen Deutschland bisher nicht aufgehoben sind, daß das Handelsministerium lediglich die Aufhebung eines Teiles dieser Einfuhrverbote vorbereitet!

Des weiteren ist die erstaunliche Tatsache zu verzeichnen, daß die polnische Regierung eine Liste von bisher nicht einfuhrverbotenen und zollfreien Waren veröffentlicht hat, für die in Zukunft bei der Einfuhr aus Deutschland Zölle zu entrichten sind. Diese Maßnahme, die selbst nach polnischer Auffassung nur für den Fall eines Nichtzustandekommens einer Verständigung mit Deutschland ins Auge gefaßt worden war, bedeutet entgegen den Erwartungen zweifellos eine weitere Verschärfung des Zollkrieges auf polnischer Seite gegenüber dem Stande vom 31. Dezember v. J. und neben der nicht vollständigen Aufhebung der Einfuhrverbote gegen deutsche Waren aus 1925 einen schweren Verstoß gegen Sinn und Geist der in Warschau getroffenen Verständigung.

Wenn dem gegenüber als einziger Vorteil der neuen Vereinbarungen die Tatsache hervorgehoben wird, daß künftig auf sämtliche Waren, deren Einfuhr aus Deutschland seit dem 31. Dezember 1931 verboten worden ist, Kontingente in Höhe von angeblich 80 Prozent der Einfuhr von 1931 polnischerseits gewährt werden mit der Maßgabe, daß für diese Waren der autonome Zoll zu zahlen ist, so erscheint dieses Entgegenkommen verhältnismäßig geringfügig sowohl der Menge nach als auch unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die Kontingentsscheine vom polnischen Importeur erst beim Ministerium für Handel und Industrie direkt oder durch die zuständige polnische Industrie- und Handelskammer auf dem Instanzenwege beschafft werden müssen. Es wird die Frage aufzuwerfen sein, ob unter diesen Verhältnissen an dem Abkommen deutscherseits noch ein Interesse besteht, oder ob nicht von dem Recht der Kündigung der Abmachungen, die mit zweimonatiger Frist zulässig ist, Gebrauch gemacht werden sollte.

Polen wünscht Flugverkehr mit Deutschland

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 6. April. Der polnische Gesandte in Berlin, Wysocki, hat im Auswärtigen Amt einen Vorschlag der polnischen Regierung zur Errichtung einer Luftverkehrsverbindung zwischen **Deutschland und Polen** vorgelegt. Dieser Vorschlag dürfte in kurzer Zeit zu einer **deutsch-polnischen Zusammenarbeit im Luftverkehr** führen. **Zwölf Jahre lang hat Polen sich einer Zusammenarbeit mit Deutschland auf dem Gebiete des Luftverkehrs widersetzt und sogar die Ueberfliegung des Korridorgebietes lange Zeit verboten, sodaß die deutschen Verkehrsflugzeuge auf dem Wege nach Danzig große Bogen über See machen mußten.** Allmählich hat man eingesehen, daß Polen sich durch diesen Abschluß vom internationalen Luftverkehr selbst schadete.

Erst seit drei Jahren ist Polen überhaupt an das internationale Luftverkehrsnetz angeschlossen, und zwar durch eine einzige französische Linie, die von Paris über Nürnberg und Prag nach Breslau und Warschau führt. Die wenigen innenpolitischen Luftverkehrslinien von Warschau über Bromberg nach Danzig und von Warschau nach Posen und nach Kattowitz hatten daher bisher lokalen Charakter und waren nicht sehr rentabel. Man sah ein, daß

Berlin unbestreitbar die Rolle des Luftkreuzungspunktes

für Europa spielt und eine Luftverbindung zwischen Warschau und Berlin allein Polen wirklich an das internationale Luftverkehrsnetz anschließen kann, das in Berlin seinen Mittelpunkt hat. Es ist die Einrichtung einer Fluglinie Warschau—Posen—Berlin vorgesehen, die in drei Stunden und 20 Minuten bewältigt werden soll. Ferner soll eine Linie Danzig—Bromberg—Posen—Kattowitz als Querlinie dieser neuen Linie eingerichtet werden, Bekanntlich wurde am 28. August 1929 zwischen Deutschland und Polen **ein Abkommen über die Eröffnung des Passagier- und Postflugverkehrs** unterzeichnet, das bisher noch nicht ratifiziert worden ist. Polen will nun dieses Abkommen ratifizieren, das einen Gemeinschaftsverkehr auf den Fluglinien zwischen Deutschland und Polen vorsieht. Der Direktor des polnischen zivilen Flugverkehrs, Major Makowski und der Leiter der zivilen Flugabteilung im Verkehrsministerium, Hauptmann Piontkowski, sind zu Verhandlungen in Berlin eingetroffen.

Ostpreußische Landwirtschaft als Grenzwall

(Telegraphische Meldung)

Königsberg, 6. April. In einer Rundfunkrede erklärte der Reichskommissar für die Osthilfe, Schlange-Schöningen, für das gesamte Deutschland hänge alles davon ab, **Ostpreußen politisch festzuhalten und es wirtschaftlich wieder so gesund zu machen, daß eine kerndeutsche Volksschicht imstande sei, für Jahrzehnte und Jahrhunderte die Wacht an der Grenze zu halten.** Im Osten sei die Grundlage des gesamten Wirtschaftslebens eine blühende Landwirtschaft. Durch das Sicherungsverfahren sei zunächst einmal der **absolute Verfall von rund 60 000 Landwirtsbetrieben aufgehalten** worden, **Betriebe, von denen die wenigsten überhaupt noch einen Pfennig Kredit auf dem freien Markt bekommen hätten.** Das Sicherungsverfahren werde nicht eher aufgehoben, als der Betrieb **entweder entschuldet oder als völlig sanierungsunfähig in Zwangsverwaltung** gegangen ist. Bei diesen sanierungsunfähigen Betrieben müsse jene

Siedlungspolitik

in großem Stil durchgeführt werden, die der deutsche Osten brauche. Was sich jetzt vollzieht, müsse zugleich ein **Wiederingangbringen des gesamten Wirtschaftslebens sein.**

Reichsminister Schlange-Schöningen entwickelte als seine persönliche Ansicht den Gedanken einer grundsätzlichen Neu-Orientierung der deutschen Agrar-Politik im Sinne einer vernünftigen Kontingentierungswirtschaft, durch die der **zusätzliche Bedarf an Agrarprodukten in erster Linie in denjenigen Ländern gekauft wird, wo die Industrie ihre größten Exportinteressen habe.**

Nationalsozialistische Landwirtschaftskammer in Ostpreußen

50 von 76 Sitzen

(Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion)

Berlin, 6. April. Die Wahlen zur Landwirtschaftskammer in Ostpreußen haben, wie zu erwarten war, mit einem überlegenen Siege der Nationalsozialisten geendet. Sie haben 50 Sitze erobert, während der Landwirtschaftsverband sich mit 21 und der Katholische Ermländische Bauernverein sich mit 5 Sitzen begnügen mußte. Die Nationalsozialisten haben also allein eine erhebliche absolute Mehrheit gewonnen.

Den Anlaß zu dieser Neuwahl hat der Beschluß der Landwirtschaftskammer im Januar gegeben, durch den auf nationalsozialistischen Antrag der Reichspräsident aufgefordert wurde, zurückzutreten, wenn er nicht mehr die Kraft oder den Willen hätte, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten wirksam zu bekämpfen. Bei der Annahme dieses Antrages, der unmittelbar nach der Erneuerung der Kammer und dem starken Anwachsen der nationalsozialistischen Abgeordneten erfolgt war, hatte das Ueberraschungsmoment eine große Rolle gespielt. Der Kammerpräsident Dr. Brandes hatte in einem persönlichen Schreiben an Hindenburg die Sachlage dargestellt, und dieser hatte geantwortet, daß er den peinlichen Zwischenfall als erledigt ansehe. Obendrein hatte der Vorstand der Kammer eine nochmalige Abstimmung beschlossen. **Trotzdem verfügte der Preußische Innenminister die Auflösung der Kammer. Die Neuwahl erhielt dadurch den Charakter politischer Protestwahlen. Das jetzige Ergebnis hätte die Preußische Regierung unter diesen Umständen voraussehen können.**

Zwei Todesurteile in Moskau

Die Twardowski-Attentäter werden erschossen

(Telegraphische Meldung.)

Moskau, 6. April. In dem Prozeß gegen Stern und Wassiljew wegen des Attentats auf den deutschen Botschaftsrat von Twardowski wurde in früher Morgenstunde das Urteil verkündet. Es lautet auf Todesstrafe durch Erschießen für beide Angeklagte. Das Urteil ist endgültig.

Vor der Verkündung des Urteils führte Volkskommissar Krylenko aus, das Attentat sei durch eine Warschauer sowjetfeindliche Terrororganisation veranlaßt worden. Wassiljew habe wahrscheinlich schon seit 1928 mit dieser Gruppe in Fühlung gestanden, deren Ziel gewesen sei, die außenpolitischen Beziehungen der Sowjetunion zu stören und Terrorakte verüben zu lassen, um die Friedenspolitik der Sowjetunion zu durchkreuzen und außenpolitische Konflikte zu provozieren. Die Verteidiger hatten um ein milderes Urteil gebeten, weil die Attentäter Werkzeuge in fremder Hand gewesen seien.

Zweifellos hat die Verteidigung den Kern des Prozesses getroffen, als sie darauf hinwies, daß die beiden Angeklagten „Werkzeuge in fremder Hand" gewesen seien. Sie sind die letzten Opfer einer vom Ausland geleiteten politischen Verschwörung, die die Beziehungen zwischen dem Sowjet-Reich und Deutschland zerstören wollte. Die Schüsse des Judas Mironowitsch Stern sollten eigentlich dem deutschen Botschafter von Dirksen treffen, und es ist mehr einem Zufall zu verdanken, daß Twardowski, auf den Stern versehentlich gezielt hatte, mit dem Leben davon gekommen ist. Schon einmal hatte ein politisches Attentat eine schwere Trübung der politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland zur Folge, und man wird es deswegen vom deutschen Standpunkte aus für richtig halten müssen, daß Rußland mit der schärfsten Strafe gegen die Attentäter vorgeht, um vor der Wiederholung solcher Verbrechen abzuschrecken.

Wie schwer wiegt Severings Material?

Es kann nicht bezweifelt werden, daß das Material über die SA. und SS., das der Preußische Minister der Oeffentlichkeit übergeben hat, aufmerksamste Beachtung verdient. Diese Auffassung werden auch die teilen, die seiner Zeit die Erregung über das „Boxheimer Dokument" nicht geteilt haben, weil es sich um eine offensichtliche Ueberspanntheit örtlichen Charakters handelte. Das jetzt veröffentlichte Material, das aus den verschiedensten Gebieten des Landes stammt, läßt aber erkennen, daß in den Kreisen der SA. und SS. starke Strömungen bestehen, die die Befürchtung nahelegen, daß die Parteileitung, deren Wille zur Legalität nicht angezweifelt werden sollte, einmal nicht in der Lage sein könnte, sie zu bändigen. Infolgedessen wird man es durchaus billigen, daß der Preußische Innenminister seinen Organen die strengste Achtsamkeit auferlegt, und daß auch die übrigen Länder sich dem Preußischen Vorhaben anschließen. Aus Dresden wird freilich gemeldet, daß der Sächsischen Regierung das Ergebnis der preußischen Untersuchungen gegen die Nationalsozialistische Partei nicht mitgeteilt worden sei. Billigen wird man es auch, daß das Reichsgericht, soweit sich aus dem Material der Verdacht hoch- und landesverräterischer Pläne ergibt, seines Amtes mit Schnelligkeit und Entschiedenheit waltet. Reichsanwalt Dr. Feisenberger hat als Vertreter des zur Zeit in Urlaub befindlichen Oberreichsanwalts Werner die schleunigste Bearbeitung des Materials angeordnet. Unabhängig von dem reichsgerichtlichen Verfahren soll durch die zuständigen Behörden in zahlreichen Untersuchungen geprüft werden, durch welche Beamten und Angestellten geheimes Behördenmaterial ausgehändigt worden ist. Diese Maßnahmen sind in dem Material selbst begründet und werden von keiner Seite beanstandet werden können. Es bleibt nur zu hoffen, daß die Leitung der Nationalsozialistischen Partei den Beweis dafür erbringt, daß sie das Ueberschäumen der ungebändigten Strömungen über die Grenzen der Gesetzmäßigkeit verhindern kann.

Eine andere Frage ist es, ob es politisch klug und richtig war, das Material in der Weise, wie es geschah, zu veröffentlichen. Warum mußte das Material in einem Augenblick der äußersten politischen Spannung gegeben werden in einem Aufzuge, der erneut den weitesten Spielraum läßt? Warum mußte Minister Severing seine Erklärungen in einer Pressekonferenz abgeben, deren formale Einberufung keineswegs die Gewähr dafür bieten konnte, daß die zum Teil streng vertraulichen Mitteilungen mit der Zurückhaltung behandelt werden würden, die aus staatspolitischen Gründen unbedingt erforderlich ist? Berichte in der Linkspresse lassen an kaum verhüllten Indiskretionen denn auch nichts zu wünschen übrig und sind mit ihren Andeutungen geeignet, die Beunruhigung auf das äußerste zu steigern. Es hieße, die politische Klugheit und Erfahrung Severings unterschätzen, wenn man annehmen wollte, daß er diese Folgen nicht voraussehen könne.

Gegenüber der flammenden Entrüstung der Linkspresse über das „hochverräterische Treiben", das einstweilen noch nicht bewiesen ist, erinnern Blätter der Rechten mit Recht den Preußischen Innenminister an die illegalen Vorbereitungen der Linken, der Kommunisten, des Reichsbanners und der „Eisernen Front" für Eigenmächtigkeiten, die nur allzu deutlich das Gepräge der gewaltsamen Machtergreifung tragen. Dafür kann mühelos Material erbracht werden, das nach Maß und Inhalt viel schwerwiegender ist als nach den bisherigen Veröffentlichungen das über die Nationalsozialisten. Die „Berliner Börsen-Zeitung" schreibt z. B.:

„Wir meinen, daß es für den Bestand des Staates und des Reiches gefährlicher ist, wenn die sogenannten Hammerschaften der „Eisernen Front" während ihrer Wahlkampagne für Hindenburg erklären, sie würden bei einer illegalen Machtergreifung Gas, Wasser und Eisenbahnen stillegen, als wenn ein beliebiger Nazi-Unterführer sich auf militärischem Gebiet mehr oder weniger dilettantisch betätigt. Wie vertraut sich das Reichsbanner auch mit militärischen Gedankengängen gemacht hat, bewies seiner Zeit auch die damals viel besprochene Nachtübung des Donau-Eschinger Reichsbanners, der bekanntlich der Gedanke zugrunde gelegt war, Aushebung der Garnison Donau-Eschingen."

Zu allen diesen Dingen hat die Preußische Regierung bisher geschwiegen, und auch jetzt hat Minister Severing kein Wort dazu geäußert, obwohl sie ganz unverkennbar in einem ursächlichen Zusammenhange mit den Vorgängen bei den SS. und SA. stehen. Ein aktueller Beitrag zu diesem Material gegen die Linke ist die in der Nacht zum Dienstag, also vor der Pressekonferenz erfolgte Beschlagnahme von Waffen in den Vereinslokalen der Eisernen Front in Minden, die zur Verhaftung von 33 Mitgliedern der Eisernen Front geführt hat. Der Minister hätte der Erhaltung des inneren Friedens sicherlich besser gedient, wenn er erklärt hätte, daß er den Staat gegen Angriffe von allen Seiten schützen werde. Er wird sich nicht wundern können, wenn man in seinem Vorgehen die Unparteilichkeit vermißt.

Dr. Ernst Rauschenplat,

Aus Oberschlesien und Schlesien

Benachteiligung Oberschlesiens bei der Verteilung der Reichszuschüsse

Das oberschlesische Industriegebiet zeigt in verschiedener Hinsicht vom Reichsdurchschnitt stark abweichende Verhältnisse, so insbesondere nach seiner Wirtschaftsstruktur und nach seinem Bevölkerungswachstum, das die reichsdurchschnittliche Bevölkerungsvermehrung erheblich übersteigt. Weiter auch nach seiner Lage als äußerstes Grenzgebiet, das von einer Grenze durchschnitten wird, die den wirtschaftlichen Erfordernissen nicht Rechnung trägt.

Die besondere Stellung des Industriegebietes wirkt sich bei der Verteilung öffentlicher Mittel häufig nachteilig aus,

weil die Verteilungsgrundsätze, die naturgemäß am Reichsdurchschnitt orientiert sind, den besonderen Verhältnissen des oberschlesischen Industriegebietes nicht gerecht zu werden vermögen. Das gilt z. B. in ausgeprägter Weise für den Verteilungsschlüssel, nach dem die Ausschüttung der vom Reiche bereitgestellten **Mittel zur Unterstützung der Gemeinden mit überdurchschnittlich hohen Lasten für Wohlfahrtserwerbslose vorgenommen wird.** Für die Verteilung dieser Mittel sind folgende Grundsätze maßgebend:

Die Bezirksfürsorgeverbände sind in städtische und ländliche unterteilt, die städtischen sind wiederum in verschiedenen Größengruppen zusammengefaßt. Für jede Gruppe ist eine mittlere Dichte der Durchsetzung mit Wohlfahrtserwerbslosen errechnet. Auf den Kopf jeder über diese mittlere Durchsetzung hinaus vorhandenen wohlfahrtserwerbslosen Partei wird ein Zuschuß gewährt. Dieses Verteilungsverfahren wirkt sich für das oberschlesische Industriegebiet nachteilig aus, **weil es erstens von der Durchsetzung der Bevölkerung mit Wohlfahrtserwerbslosen (Wohlfahrtserwerbslose je 1000 Einwohner) ausgeht, zweitens die Zahl der unterstützten Parteien zugrunde legt und nicht jene der Unterstützten Personen.**

Die Durchsetzung der Bevölkerung mit Wohlfahrtserwerbslosen muß naturgemäß ganz besonders hoch in den Gegenden sein, in denen der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung hoch, in denen also von vornherein ein besonders großer Teil der Bevölkerung der Gefahr ausgesetzt ist, erwerbslos zu werden. Diese Voraussetzung trifft in erster Linie für die Großstädte zu, in denen sich die erwerbstätige Bevölkerung zusammenballt und die am stärksten vom Geburtenrückgang betroffen sind.

Dagegen bleiben Gebiete, die — wie das oberschlesische Industriegebiet — auch heute noch einen sehr großen Kinderreichtum aufweisen, bezüglich der Durchsetzung mit Wohlfahrtserwerbslosen regelmäßig hinter dem Reichsdurchschnitt zurück,

auch hinter dem Reichsdurchschnitt der Gemeindegrößenklasse, der sie angehören. Verschärft wird die durch den Kinderreichtum bewirkte Benachteiligung noch durch die einseitig auf die Schwerindustrie abgestellte Wirtschaftsstruktur des oberschlesischen Industriegebietes. Denn diese gewährt der Frauenarbeit nur einen geringen Spielraum und drückt dadurch den Prozentsatz der Erwerbstätigen noch weiter unter den Reichsdurchschnitt hinunter.

Zur Zeit der Volkszählung vom 6. 6. 1925 waren beispielsweise im Reiche von 100 Männern 68,0 erwerbstätig, im Industriegebiet jedoch nur 62,8 und im Landkreis Beuthen-Tarnowitz sogar nur 60,0. Bei der weiblichen Bevölkerung sind die Unterschiede noch ausgeprägter. Von 100 weiblichen Personen waren damals im Reiche 35,6 erwerbstätig, im Industriegebiet nur 17,6 und in Hindenburg sogar nur 13,8, im Landkreise 14,8; in Gleiwitz (20,8) und in Beuthen (22,3 Prozent) war und ist der Prozentsatz der Erwerbstätigen unter den Frauen etwas höher, weil hier die größere Ausbreitung des bürgerlichen Mittelstandes Erwerbsmöglichkeiten für Hausgehilfinnen eröffnet, und besonders weil hier die weitere Verbreitung des Handels weiblicher Erwerbstätigkeit größere Möglichkeiten bietet.

Aus den vorgenannten Zahlen, die doppelt beweiskräftig sind, weil sie einer Zeit entstammen, in der die Erwerbslosigkeit noch nicht fühlbar war, geht mit Deutlichkeit hervor, daß **ein Erwerbstätiger (und mithin auch ein Erwerbsloser) im oberschlesischen Industriegebiet für die wirtschaftliche Gesamtsituation der Bevölkerung mehr bedeutet als in anderen Gegenden des Reiches.** Im oberschlesischen Industriegebiet wird schon durch die Erwerbslosigkeit eines im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung kleineren Kreises Erwerbstätiger ein insgesamt größerer Bevölkerungskreis in Mitleidenschaft gezogen. In wie ausgeprägtem Maße das der Fall ist, läßt sich ebenfalls schlaglichtartig anhand einiger Zahlen nachweisen. **Im Reichsdurchschnitt kamen 1925 auf 100 Erwerbstätige nur 49,4 Kinder im Alter unter 14 Jahren, im Industriegebiet dagegen 70,4 und im Landkreise Beuthen-Tarnowitz sogar 84,8.** Diese krassen Unterschiede lassen mit Deutlichkeit erkennen, daß der von einem Erwerbstätigen und mithin im großen Durchschnitt auch der von einem Erwerbslosen zu unterhaltende Personenkreis im oberschlesischen Industriegebiet größer ist als in anderen Gebieten des Reiches.

Der Reichsverteilungsschlüssel, der lediglich auf die Zahl der wohlfahrtserwerbslosen Parteien je 1000 Einwohner abstellt, wird also den besonderen Verhältnissen des oberschlesischen Industriegebietes nicht gerecht. **Das oberschlesische Industriegebiet fordert deshalb mit Recht, daß entweder der Verteilungsschlüssel umgestellt oder aber, daß die durch das Verteilungsverfahren bedingte Benachteiligung durch Sonderzuwendungen ausgeglichen wird.**

Dr. Franz Rompe.

Landtagskandidaten der „National gemäßigten Rechten"

Oppeln, 6. April.

Für die Landtagswahl am 24. April haben die national gemäßigten Rechtsparteien in Oberschlesien einen eigenen Wahlvorschlag eingereicht mit dem Kennwort „National gemäßigte Rechte". (Landvolkpartei, Deutsche Volkspartei sowie verwandte Gruppen). Diese Liste wird auch von dem Jungdeutschen Orden und den Volkskonservativen unterstützt. Die Liste ist mit dem Wahlvorschlag der Parteien in Breslau und Liegnitz verbunden und angeschlossen an die Landliste „Nationale Front deutscher Stände Nr. 6", geführt von Graf Westarp. Die Liste für Oberschlesien enthält folgende Kandidaten:

Landwirt von Hauenschild, Tscheidt, Krs. Cosel.

Erich Metzenthin, Korvettenkapitän a. D., Breslau.

Rudolf Arps, Apothekenbesitzer, Hindenburg.

Dr. Josef Suchan, Landwirt, Katscher, Kreis Leobschütz.

Frau Martha Zimmer, Gleiwitz.

Richard Dittrich, Regierungsinspektor, Oppeln.

Gustav Beyer, Landwirt, Hohndorf, Kreis Leobschütz.

Heidenreich, Kaufmann, Friedland, Kreis Falkenberg.

Eberhard Müller, Landwirt, Leimerwitz, Kreis Leobschütz

Hugo Czober, Häuer, Miechowitz, Kreis Beuthen.

Theodor Kaul, Landwirt, Hohndorf, Kreis Leobschütz.

Loske, Bürovorsteher, Bobrek.

Georg Hoffmann, Oberstadtsekretär, Oppeln.

7 deutsche Bauernhöfe in Ost-OS. niedergebrannt

Anhalt, Kreis Pleß, 6. April.

Heute nacht zwischen 12 und 1 Uhr brach in der deutschen Gemeinde Neu-Anhalt, die unmittelbar neben der Gemeinde Anhalt liegt, ein Riesenfeuer aus, dem in kurzer Zeit sieben deutsche Bauerngehöfte zum Opfer fielen. Der Brandschaden beläuft sich auf rund 100 000 Zloty. Da das Feuer von einem äußerst heftigen Winde begünstigt wurde, verbreiteten sich die Flammen mit rasender Geschwindigkeit und verrichteten ihr Werk innerhalb einer Stunde. Die Bewohner konnten nur mit größter Mühe ihre notwendigste Habe retten. Man vermutet Brandstiftung.

Zu der Feuersbrunst in der deutschen Ortschaft Neu-Anhalt wird noch bekannt, daß die Besitzer der sieben eingeäscherten Gehöfte nichts als das nackte Leben retten konnten, da das gesamte lebende und tote Inventar den Flammen restlos zum Opfer fiel. Die Straße, an der die Wirtschaftsgebäude standen, bildet eine Stätte des Elends. Die Bauern suchen tränenden Auges die steinernen Reste ihrer bisherigen Wohnstätten nach Wertstücken und Andenken ab. Durch den in den Morgenstunden einsetzenden starken Regen nahm die Natur der Feuerwehr die letzte Arbeit ab.

Dreister Raubüberfall auf eine Greisin in Ostoberschlesien

Tarnowitz, 6. April.

Als das bejahrte Fräulein Jeziolkowski gegen Abend in ihre Behausung zurückkehrte und ihren Garten durchschreiten wollte, trat ihr ein Mann entgegen und schlug sofort auf sie ein. Er zertrümmerte ihr das Schulterblatt und verletzte sie mehrfach am Kopf. Darauf entriß er der alten Dame die Handtasche und raubte daraus 15 Zloty. Da die Ueberfallene ihre Wohnung allein bewohnt, verhallten ihre Hilferufe ungehört. Die Verletzungen waren derart, daß Frl. J. ins Krankenhaus gebracht werden mußte.



Kunst und Wissenschaft

Kalman: „Der Zigeunerprimas"

Beuthener Erstaufführung

Die letzte Operette der Spielzeit verabschiedet sich mit einer sentimentalen Träne im Auge: Kalmans Zigeunerprimas begreift, daß er alt geworden ist, daß eine neue Zeit ihre neue Musik liebt und daß der alten Generation nur noch die müde Resignation, Güte und Weisheit des Verzichtes bleibt. Das Heute gehört der Jugend. Und so gibt er seine alte Stradivari dem Sohn, der sein Erbe angetreten hat, noch ehe der Alte es ahnte.

Aber diese Operette bringt eine Ueberraschung: sie ist, was man seit Jahren zum ersten Male wieder mit Freude sieht, mit merklichem Geschmack ausgestattet. Die einzelnen Nummern gewinnen revueartigen Charakter, und man spürt einen Zug zur großen Linie. Wenn das Ballett bei weniger ausgedehnter Beschäftigung sorgfältiger arbeiten kann, wenn man die Farbeneffekte der Szene und der Kostüme durch richtige Beleuchtung zur Geltung kommen lassen wird, dann kann sich diese Operette auch vor einem anspruchsvolleren Forum sehen lassen.

Der Haupterfolg des Tages war aus sprühendem Temperament und musikalischem Empfinden heraus Maisy Brauner (Sari), nächst ihr Theo Knapp (Racz), glänzend in der Maske und sogar gut bei Stimme. Ludwig Dobelmann, offenbar einmal sich selbst überlassen, gab dem Cadeau eine selten gut gesehene äußere Gestalt, die er in bester darstellerischer Zucht vorbildlich bis ins Detail durchführte. Alle übrigen Mitwirkenden waren wacker am Werk.

Unnötig zu sagen, daß Felix Oberhoffer am Pult die etwas dick instrumentierte Musik straff zusammenfaßte und in stets spürbarem Gleichgewichtsempfinden zwischen Orchester und Bühne die glücklichsten Wirkungen herausholte. Und so war der Erfolg verdient und der Beifall groß.

E—s.

Meinhard-Bernauer in Konkurs. Im Reichsanzeiger wird mitgeteilt, daß über das Vermögen der Direktion der Meinhard-Bernauer GmbH. in Berlin, Stresemannstraße 29/29a von dem Amtsgericht Berlin-Mitte das Konkursverfahren eröffnet worden ist.

Pagnol: „Zum goldenen Anker" in Gleiwitz

Diese Komödie zeigt den Sohn eines Hafenkneipenwirtes mit den gerade im Goethejahr recht aktuellen zwei Seelen in seiner Brust, zwischen Liebe und Weltreise schwebend, und klingt so aus, daß der junge Mann eine Bemerkung seiner Geliebten verkehrt auffaßt und nun doch zum fahrbereiten Schiff rennt. Die Bemühungen des bejahrteren Verehrers des gleichen Mädchens, den Knaben zu halten, werden ins Gegenteil verkehrt. In diesen Wendungen spürt man fast einen Hauch vom Geiste Shaws.

Die Aufführung hat dadurch erheblich eingebüßt, daß sie auf einen einzigen Schauplatz zusammengedrängt wird, und daß Hermann Haindl ein allzu buntes Bühnenbild mit reichlichem Kisten- und Korbmaterial zusammenstellte. Das Stück erschien kürzlich im Film. Dort war es zu sehr romantisch: unter William Adelts kräftigen Händen wurde es derb realistisch. Man hörte von der Bühne wohl den rauhen Ton des Lebens, nicht aber die feineren Töne des Dichters. Eine solche Komödie aber muß klingen.

Hans Rewendt betonte zu sehr die jungenhafte Naivität des „Helden" Marius. Sehr fein war in Einzelzügen die Gestaltung des durch Karin Sylva dargestellten jungen Mädchens. Prachtvoll Margarete Barowska, wieder einmal eine förmlich klassische Type. Herbert Schimkat spielte einen allzu biederen, dafür aber weniger deutlich sprechenden Hafengasthausbesitzer, und auch Alois Herrmann blieb ein wenig dürftig im Spiel. Martha Leuze gab trotz des bescheidenen Umfanges ihrer Rolle eine Figur, die in das Stück paßte. Die Komödie im ganzen aber klang gar nicht so recht zusammen: sie wurde größtenteils auf das Niveau eines derben Schwanks herabgedrückt.

F. A.

Klavierkonzert Rebling in Oppeln

Am Dienstag abend gab Eberhard Rebling wieder einen Klavierabend in der Aula der Oberrealschule. Eberhard Rebling, ein Oppelner Kind und ehem. Schüler der Oberrealschule, bestätigte den guten Ruf, der ihm als Pianist voraus geht. Im ersten Teil des Abends bot er neben der D-Moll-Suite von Händel einige selten gehörte Sonaten von Scarlatti, jene Vorboten der klassischen Sonatenform und eines echt klavieristischen Stiles, deren Wiedergabe ihm dank seiner gediegenen Technik ausgezeichnet gelang. Den Schluß des 1. Teiles bildete ein ebenfalls aber zu Unrecht selten gespieltes Werk: Haydns F-Moll-Variationen, ein Werk von echt Beethovenscher Tiefe. Nach der Pause hörten wir einige aus Schumanns Fantasiestücken Opus 12. Hier hätte man sich besonders bei „Des Abends" etwas mehr Ruhe gewünscht, und etwas mehr Liebe bei den lyrischen Mittelsätzen des „Aufschwungs". Dann spielte der Vortragende mit großem Schwung die Schlußnummer des Abends, die Dantefantasie von Liszt. Das Publikum dankte sehr freudig und erzwang sich eine Zugabe: die F-Moll-Etüde von Chopin, eine ganz vollendete Leistung. Wir wünschen ihm auf seinem Wege noch weiter viel Erfolg.

—Kr.

Tagung der Bühnengenossenschaft

Das Schauspielerparlament in Düsseldorf

In Düsseldorf wurde in Anwesenheit zahlreicher Behördenvertreter die 52. Tagung der Deutschen Bühnengenossenschaft eröffnet. Nach der Begrüßungsrede des Oberbürgermeisters Dr. Lehr erstattete der Vizepräsident Erich Otto den Geschäftsbericht, aus dem die Ablehnung der Berliner getarnten Kollektivbetriebe des Dr. Zickel, Eugen Robert und Otto Wilhelm Lange, der an seinem Deutschen Nationaltheater nicht einmal die vereinbarte Tagesgage von fünf Mark ausgezahlt habe. Er lehnte die leichtfertig und dilettantische aufgezogenen Goethefestspiele des Dr. Leyhausen ab und warnte den Preußischen Staat, die Krolloper in Zukunft derart zu diskreditieren. In einem Großteil des Berichtes setzte sich Otto mit der Opposition auseinander, der er den Nachweis brachte, daß die Geschäftsführung des Verbandes einwandfrei gewesen sei. Er gab bekannt, daß die Genossenschaft in der nächsten Spielzeit ein eigenes Volkstheater mit jeweils wechselndem Erwerbslosenensemble unterhalten werde.

Aus Wallauers groß angelegter Rede ist der scharfe Angriff auf den Preußischen Finanzminister hervorzuheben ebenso wie die Auseinandersetzung mit dem System Tietjen, dessen Orgnisationsgenie es fertig gebracht habe, in der Zeit der Rationalisierung trotz des Abbaus der Krolloper die Zahl seiner Beamten seit 1928 bis 1932 von 48 auf 67 anwachsen zu lassen. — Es wurde beschlossen, dem Verlangen Ausdruck zu geben, daß aus den Rundfunküberschüssen ein Reichskulturfonds geschaffen würde, oder daß aus den Rundfunküberschüssen dem Theater Gelder zur Verfügung gestellt werden sollten.

Das Breslauer Schauspielhaus endgültig geschlossen. Nachdem die Direktion Beug und Meyer auch zusammengebrochen ist und das Ensemble, das auf eigene Rechnung im direktionslosen Hause spielte, auch nicht auf seine Kosten kommen konnte, hat der Haupthypothekengläubiger, die Mitteldeutsche Bodenkreditbank, eine neue Zwangsversteigerung beantragt.

Der Berliner Internist Martini zum Bonner Ordinarius ernannt. Der bisherige a. o. Professor an der medizinischen Fakultät der Universität Berlin, Dr. med. Paul Martini, der den an ihn ergangenen Ruf auf den Lehrstuhl für innere Medizin an die Universität Bonn als Nachfolger des verstorbenen Geheimrats Hirsch angenommen hat, ist zum Ordinarius an der Bonner Universität und zum Leiter der Bonner Medizinischen Universitätsklinik ernannt worden.

Oberschlesisches Landestheater. Heute um 20,15 Uhr in **Beuthen** „Zum goldenen Anker", in **Kattowitz** um 15,30 Uhr „Der Waffenschmied", um 19,30 Uhr „Die Geisha", Freitag um 20 Uhr in **Hindenburg** „Die Geisha". Am Sonntag finden in **Beuthen** zwei Jubiläumsaufführungen statt, und zwar um 16 Uhr als Volksvorstellung zu ganz kleinen Preisen zum 25. Male „Meine Schwester und ich", um 20,15 Uhr zum 50. Male die Operettenrevue „Im weißen Rößl". Der Vorverkauf zu diesen Vorstellungen beginnt heute.

Freie Volksbühne Beuthen. Am Sonnabend, 20,15 Uhr, wird als Pflichtaufführung für die Gruppe B und als Sonderveranstaltung „Die göttliche Jette" gegeben. Für die Aufführung der Gymnastikschule Lilia Swoboda am Sonntag vormittag erhalten unsere Mitglieder Karten zu Vorzugspreisen nur in der Geschäftsstelle.

Bühnenvolksbund Beuthen. Am Donnerstag „Zum goldenen Anker". Die Vorstellung kann von Mitgliedern aller Gruppen besucht werden. Donnerstag, den 14. d. Mts., gelangt das Wedekindsche Schauspiel „König Nicolo" zur Aufführung.

Beuthener deutschnationale Frauen zu den Wahlen

(Eigener Bericht)

Beuthen, 6. April.

Die gut besuchte Frauenversammlung der Deutschnationalen Volkspartei im Saale des Promenaden-Restaurants stand im Zeichen der Landtagswahl. Den Mittelpunkt der Versammlung, die von Stadtverordneter Fräulein von Wimmer geleitet wurde, bildete ein politischer Vortrag von Frau Maria Lowack, die betonte, daß es bei der Preußenwahl um die deutsche Ehre und Würde gehe. **Die deutschnationalen Frauen wissen wohl, was sie dem Reichspräsidenten von Hindenburg, den sie als Retter des deutschen Ostens betrachten, schuldig seien.** Hindenburg hätte der Mann der deutschen Einheit sein können, wenn die Rechte, die für diese Einheit eintrat, nicht verdrängt worden wäre. Das gegenwärtige Regierungssystem müsse bekämpft werden, da es das deutsche Volk in den Abgrund geführt habe.

Man müsse wieder für Einfachheit im öffentlichen und privaten Leben sorgen. Die Jugend sei durch die Schuld des Systems entnervt und entkräftet. Es werde mit zweierlei Maß gemessen. Nur der Haß habe die Kreise, die jetzt gemeinsam wirken, zusammengeführt. Graf Westarp habe einen großen Fehler begangen, als er in die Gemeinschaft der Eisernen Front und des Reichsbanners hineinging. **Die deutschnationalen Frauen treten für die Heiligkeit der Ehe ein und erblickten in der von den Marxisten gewünschten Erleichterung der Ehescheidung eine große Gefahr.** Sie treten für die Zusammengehörigkeit von Staat, Schule und Christentum ein und bekämpfen alles Unreligiöse. Wir brauchten ein Parlament, das alles abwehrt, was uns vom Auslande droht. Preußen müsse wieder preußisch werden. Der Rechtsaufruf für Hindenburg gehe nicht von der DNVP. aus.

Die Vorsitzende gab die Parole der DNVP. bekannt, am Tage der Reichspräsidentenwahl nicht zur Wahlurne zu gehen, dagegen alle Kraft für die Preußenwahl einzusetzen.

Frau Bork berichtete über die Oppelner Tagung des Landesfrauen-Ausschusses. Die Vorträge erhielten durch musikalische und andere Darbietungen einen würdigen Rahmen. Besonders die Gesangsvorträge von Frau Spill, ein Gedichtsvortrag von Frl. Marquardt und das heitere Spiel „Das gläserne Herz" fanden großen Beifall.

Raufszene im Mikultschützer Wohlfahrtsamt

Beuthen, 6. April.

Aus rechtlichen Gründen war dem Häuer Johann Jarczyk kurz vor Weihnachten vorigen Jahres seine Wohlfahrtsunterstützung um einige Mark gekürzt worden, was ihn begreiflicherweise in große Erregung versetzte, da er mit seinen drei kleinen Kindern an sich nicht auf Rosen gebettet war. In seiner Wut begab er sich am Tage darauf nach dem Amtszimmer des Vorstehers, **rüttelte am Tisch und hob schließlich mit nicht mißzuverstehender Geste gegen den Obersekretär einen Stuhl.** Die Durchführung seines Vorhabens wurde durch das Erscheinen des Gemeindepolizeibeamten verhindert, der dem Wütenden den Stuhl entwand. Dadurch geriet dieser in noch größeren Zorn, **stürzte sich auf den Beamten, packte ihn an der Brust und zerriß ihm dabei auch den Waffenrock.** Es kam zu einem erbitterten Ringen, in dessen Verlauf J. schließlich der Uebermacht zweier Polizeibeamten weichen mußte. Es wurde ihm wegen dieses wenig schönen Vorfalls der Prozeß wegen Hausfriedensbruchs, Beamtennötigung, Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Sachbeschädigung gemacht. Er stellte die Sache zwar anders dar, aber das Gericht hatte dafür Verständnis, daß er sich als jahrelang arbeitsloser Mensch in einer verzweifelten Stimmung befand und verurteilte ihn trotz seiner Vorstrafen zu nur drei Wochen Gefängnis.

31 Personen im Industriegebiet verunglückt

Gleiwitz, 6. April.

Die polizeiliche Unfallstatistik für den Industriebezirk verzeichnet für März 62 Unfälle, von denen sich 56 innerhalb einer geschlossenen Ortschaft und 46 während der Tageszeit ereigneten. In 32 Fällen waren Personenkraftwagen an den Unfällen beteiligt, in 23 Fällen Fußgänger, in 16 Pferdewagen, in 15 Lastkraftwagen und in je 11 Fällen Radfahrer und Motorradfahrer. Die Schuldfrage konnte in 32 Fällen nicht geklärt werden; von den geklärten Unfällen waren 8mal mit Pferde bespannte Wagen die Ursache, 6mal Fußgänger, je 5mal Kraftwagen, 4mal Motorradfahrer und 3mal Radfahrer. **Verunglückt sind insgesamt 31 Personen, darunter 9 Kinder.** Der Sachschaden wird mit 5774,— RM. für den gesamten Präsidialbezirk angegeben.

Bestechungsgelder sind unlauterer Wettbewerb

In einem Urteil des Reichsgerichts vom 19. November 1931 wird der Begriff unlauterer Wettbewerb auch für solche Bestechungsgelder in Anwendung gebracht, bei denen es sich nicht um die Neuwerbung von Kunden durch Zuwendungen an den Einkäufer, sondern um die Beibehaltung einer Lieferantenstellung handelt. Ein Papierlieferant hatte durch solche Mittel versucht, sich den Absatz bei einem Berliner Großverlag zu sichern. Die Zuwendungen erreichten eine Höhe von ½ bis 1% der sehr erheblichen Fakturenbeträge. In der Entscheidung des Reichsgerichtes heißt es: **dem ehrbaren Kaufmann widerstrebt jeder Versuch, bei dem Kampf um Aufträge seine Mitbewerber anstatt durch die Vorzüge der Ware, durch günstigere Preisgestaltung, durch geschickte Reklame allein durch Bestechung eines Angestellten aus dem Felde zu schlagen.** Hieran ändert es allein noch nichts, wenn der Angestellte durch die Zuwendungen lediglich veranlaßt werden soll, bei der künftigen Verteilung der Lieferungsaufträge den Geber in dem gleichen, nicht in einem größeren Umfange wie bisher zu berücksichtigen.

Beuthen und Kreis

Großer Fackelzug für Hindenburg

Heute (Donnerstag) findet zu Ehren des Ehrenbürgers unserer Stadt ein großer Fackelzug statt. Alle Hindenburg-Wähler sammeln sich um 19.30 Uhr im Hofe der Moltke-Kaserne.

*

* **Abrahamsfest.** Oberbrandmeister Paul Schmidt feierte sein Abrahamsfest, zu dem ihm zahlreiche Glückwünsche zugingen.

* **Was an Fleisch verzehrt wird.** Im März wurden geschlachtet: 1174 Rinder, 1194 Kälber, 4769 Schweine, 63 Schafe, 11 Ziegen, 7 Pferde; von auswärts in geschlachtetem Zustande wurden 55½ Stück eingeführt, zusammen 7279½ Stück.

* **Auszahlung von Mündelgeldern.** Die nächste Auszahlung der eingegangenen Mündelgelder erfolgt am Sonnabend, Gojstraße 17, in der Zahlbaracke im Hofe links von 9—12,30 Uhr.

* **Die Städtische Berufsfeuerwehr hilft!** Im März ist die Feuerwehr 15mal ausgerückt, und zwar: Zu 1 Großfeuer, 3 Mittelfeuern, 4 Kleinfeuern, 2 böswilligen Alarmen und 5mal zu besonderer Hilfeleistung. Die Krankenwagen rückten aus: Zu Krankentransporten in der Stadt 66mal, zu Unfällen 22mal, nach auswärts 34mal. Von den Krankenwagen wurden in 122 Fahrten 1104 Kilometer zurückgelegt. Die Unfallwache wurde 14mal in Anspruch genommen. 30 Desinfektionen wurden ausgeführt.

* **Schulgeldzahlung an den staatlichen höheren Lehranstalten.** Die Zahlung des Schulgeldes für das Staatliche Hindenburg- und Realgymnasium erfolgt wie bisher bargeldlos, und zwar auf die Konten: Hindenburg-Gymnasium, Postscheckkonto 7140 Breslau oder Stadtgirokonto 126 bei der Stadtgirokasse hier; Realgymnasium: Postscheckkonto 44 269 oder Stadtgirokonto 129. Das Schulgeld beträgt monatlich 20 Mark und ist am 1. jeden Monats im voraus fällig. Besuchen mehrere Geschwister höhere oder mittlere Schulen, so wird das Schulgeld auf Antrag unter bestimmten Voraussetzungen beim 2. Kinde um 5, beim 3. um 10 Mark ermäßigt; das 4. Kind hat Schulgeldfreiheit. Die Anträge sind nach Schulbeginn an die Anstaltsleiter zu richten. Neu aufgenommene Schüler zahlen mit dem Aprilschulgeld 5 Mark Eintrittsgeld.

* **Oeffentliche unentgeltliche Impfung 1932.** Im Stadtkreise findet die nach dem Reichsimpfgesetz erforderliche Impfung wie folgt statt: Für Erstimpflinge. Der inneren Stadt und des Stadtteils Roßberg im Schützenhaussaale am Mittwoch, 13. April, und Donnerstag, 14. April, von 9—11 Uhr und von 15—17 Uhr, je nach Vorladung. Die Impflinge, die keine Vorladung erhalten haben, sind am 14. April um 15 Uhr im Schützenhaussaale vorzustellen. Aus Dombrowa im Saale des Restaurants Schneider (Fürstenhof) am Dienstag, 12. April, um 16 Uhr, nach Vorladung und auch für diejenigen, die keine Vorladung erhalten haben. Die Nachschau findet am gleichen Tage der darauffolgenden Woche statt, falls nicht im Impftermin etwas anderes bekannt gegeben wird. Zur Erstimpfung sind zu bringen: Sämtliche im Jahre 1931 geborenen, noch nicht mit Erfolg geimpften Kinder, alle Kinder aus früheren Jahren, die noch nicht mit Erfolg geimpft sind. Impfarzt ist Kreisarzt Medizinalrat Dr. Saalmann. Aus einem Hause, in dem übertragbare Krankheiten, wie Diphtherie, Fleckfieber, übertragbare Genickstarre, Keuchhusten, spinale Kinderlähmung, Masern, natürliche Pocken (Blattern), rosenartige Entzündungen, Scharlach oder Typhus herrschen, dürfen die Impflinge zum allgemeinen Termin nicht gebracht werden. Schwächliche oder kränkliche Kinder werden durch den Impfarzt untersucht und, wenn erforderlich, zurückgestellt. Zur Vornahme von Erst- und Wiederimpfungen ist neben dem amtlich bestellten Impfarzt auch jeder approbierte Privatarzt berechtigt.

* **Ortskartell des Deutschen Beamtenbundes.** Der Gesamtvorstand beschäftigte sich in der letzten Sitzung eingehend mit der gegenwärtigen beamtenpolitischen Lage. Der 1. Vorsitzende, Stadtinspektor Bender, gab einen Ueberblick über den Kampf des DBB. um die Rechte der Beamtenschaft. Leider sei das Beamtenrecht noch im Schoß der Regierung. Die Dienststrafordnung sei herausgekommen. Wirtschaft und Staatsfinanzen lassen nach Ansicht der Führer des DBB. eine wirtschaftliche Verbesserung unter den gegenwärtigen Verhältnissen für die Beamtenschaft schwerlich zu. Es gelte jedoch nach wie vor, mit Nachdruck die Interessen der Beamtenschaft, insbesondere in den unteren Besoldungsgruppen, zu vertreten. Nach Bekanntgabe der letzten 3 Protokolle durch den Schriftführer Steinert wurden in der Aussprache von den Anwesenden eine Reihe nützlicher Anregungen gegeben, die darauf hinzielten, daß nur durch Einigkeit und Geschlossenheit in den betroffenen Beamtenkreisen etwas erreicht werden könne. Leider sei dies nicht immer der Fall im Interesse des Ganzen. Weitere Erörterungen wurden auf dem Gebiete der Preissenkung gepflogen. Auf dem Gebiete der Warenwirtschaft verfüge die Beamtenschaft nach eigenem Ermessen. Dem Beamtenbund schweben höhere Ziele vor, als Streitfragen auf diesem Gebiete zu konstruieren. Am Schluß der sehr harmonisch verlaufenen Sitzung wies der Vorsitzende noch auf die Strom- und Gaspreissenkung hin. Der Zeitpunkt der Hauptausschußtagung wird nach den Wahlen innerhalb des engeren Vorstandes festgelegt.

* **Oberschlesischer Schwerhörigen-Verein.** Der Oberschlesische Schwerhörigen-Verein hielt im Katholischen Vereinshause die Monatsversammlung ab. Nach herzlicher Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden wurde erneut ein Treugelöbnis zum Bunde abgelegt. Die Versammlung war gut besucht. Die erste Zusammenkunft der Kursusteilnehmer ist auf den 17. April, 5 Uhr nachmittags, in der Hilfsschule Roßberg, Scharleyer Str. 4a, unter Leitung des Kursusleiters, Lehrers Brzezinka, festgesetzt.

* **Umzug der NSDAP.** Die Nationalsozialisten veranstalteten in den Abendstunden des Mittwoch einen Umzug, an dem etwa 500 SA.-Leute teilnahmen. In den Straßen, durch die der Zug ging, hatten sich zahlreiche Zuschauer angesammelt. Der Umzug verlief in vollkommener Ruhe.

* **Frauengruppe des Deutschen Offizierbundes.** In der letzten Versammlung sprach, wie uns aus der Frauengruppe des DOB. mitgeteilt wurde, Major von Zerboni kurz und sachlich über die innere und äußere Politik. Entsprechend der überparteilichen Einstellung des DOB. wurde zur Wahl des Reichspräsidenten von Hindenburg nicht Stellung genommen.

* **Tennisklub Blau-Weiß.** Im Grünen Zimmer des Konzerthauses trafen sich die Mitglieder des Beuthener Tennisklubs zur ordentlichen Generalversammlung. In Abwesenheit des 1. Vorsitzenden, Hauptmanns Stojek, begrüßte der 2. Vorsitzende, Dr. Stahl, die Erschienenen und gab einen Ueberblick über die geleistete Arbeit in der letzten Spielsaison und den großen Aufstieg des Klubs. Er berichtete über den Verlauf der Festversammlung des Oberschlesischen Tennisverbandes in Gleiwitz und forderte schließlich die Mitglieder auf, für den schönen weißen Sport zu werben. Sportwart Dr. Oppevskalski berichtete noch kurz über den sportlichen Verlauf der Spielzeit. Frl. Leppich verlas den Kassenbericht, der zur größten Zufriedenheit der Versammelten ausfiel. Der Kassenbestand weist einen beträchtlichen Ueberschuß auf, obwohl die Mitglieder vier Monate lang von der Zahlung der Winterbeiträge befreit waren. Darauf wurde dem gesamten Vorstand Entlastung erteilt. Ohne Widerspruch wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Nur mußte der 2. Sportwart neu besetzt werden, da Gräupner, der bisher dieses Amt inne hatte, Beuthen verlassen hat. Demnach setzt sich der Vorstand wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender Hauptmann Stojek, 2. Vorsitzender Dr. Stahl, Schriftführer Hans Herzfeld, Kassiererin Frl. Leppich, 1. Sportwart Dr. Opperskalski, 2. Sportwart Frau Seidler, Jugendwart Wieczorek. Freudig nahmen die Mitglieder die Herabsetzung der Beiträge entgegen. Dadurch wird vor allem den Jugendlichen die Ausübung des Tennisspieles erleichtert werden. Der Spielbeginn wurde für Ende April angesetzt. Gespielt wird wieder auf den Plätzen hinter dem Café Stadtpark.

* **Jugendliche Einbrecher bei der Arbeit.** Der noch nicht ganz 19 Jahre alte Arbeiter Georg Swatek, der erst kürzlich das Beuthener Gericht wegen eines dreisten Einbruchsdiebstahls beschäftigt hatte, bekam, wie er selbst sagte, am 8. Januar nach einem Kinobesuch Appetit auf eine Zigarette, die er leider nicht bei sich hatte. Da er auf dem Gebiet nächtlicher ungebetener Besuche aber nicht mehr ganz unerfahren war, wußte er sich schnell zu helfen. Er hatte einen Schlüssel in der Tasche, der zum Türschloß in der Speisewirtwirtschaft der Nachbarin paßte. Wie ein Einbrecher von Format, stellte er seinen Freund, den 19jährigen Malergehilfen Stephan Swadlo als Wache auf, um ungestört arbeiten zu können. Ein dritter, der inzwischen flüchtig geworden ist, schützte die andere Seite des Hauses gegen Neugierige. Bald kam Swatek mit einem Paket unter dem Arm und er hatte sich diesmal wirklich nicht zu anspruchsvoll gezeigt, denn er war mit einer Beute von 153 Zigaretten zufrieden, die dann redlich geteilt wurden. Inzwischen mögen ihn aber doch in den nächsten Tagen Gewissensbisse geplagt haben, und da er in einem schwachen Augenblick plauderte, kam die Sache heraus. Jetzt stand Swatek — trotz seiner Jugend bereits zum drittenmal — vor Gericht. Er wie auch sein ermittelter Helfer waren voll geständig. Der Staatsanwalt meinte zwar, daß an den beiden jungen Burschen nicht mehr allzu viel zu bessern sei, beantragte aber immerhin gegen Swadlo die Mindeststrafe von drei Monaten und gegen den eigentlichen Vater des Gedankens eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten. Das Gericht verurteilte den letzteren zu vier Monaten Gefängnis und schloß sich im übrigen dem Antrag des Anklagevertreters an.

*

* **Jung-KKV.** Die Sitzung fällt aus. Wir beteiligen uns am Fackelzug. Nachher Sitzung beim Stammverein bei Jusczyk, Referent Pater Dietz.

* **VfB.** Heute, Donnerstag, abends 8,30 Uhr, Mannschaftsabend. Sonnabend, den 9. April, abends 8 Uhr, Generalversammlung bei Weberbauer, Gräupnerstraße.

* **Kameradenverein ehem. 62er.** Am Sonnabend, dem 9. April, Monatsversammlung im Vereinslokal Pakusa, Reichspräsidentenplatz.

* **Frauenkundgebung der NSDAP.** Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei veranstaltet am Donnerstag, abends 8 Uhr, eine Frauenkundgebung im Konzerthaus, bei der Landtagsabgeordneter Schmidt, Thüringen, sprechen wird.

* **Husarenverein.** Sonntag, 16 Uhr, Monatsversammlung bei Karras, Goystraße.

* **Marianische Kongregation Schulkloster.** Jugendgruppe, Donnerstag, den 7. d. Mts., 19,30 Uhr, Handarbeitsabend.

* **Beuthener Sängerknaben singen im Kaiserhofsaal.** Der unter Leitung von akad. Musiklehrer Kluß stehende Beuthener Knabenchor veranstaltet am Donnerstag, 14 April, 20 Uhr, im Kaiserhofsaal ein Konzert.

* **Wartburgverein.** Am Sonnabend, abends 8 Uhr, findet unsere Monatsversammlung im Lesezimmer statt.

* **Scharnhorst, BdJ.** Donnerstag von 6 bis 9,30 Uhr Heimabend im Jungstahlhelmheim.

* **KKV.** Die heutige Geschäftssitzung mit dem Vortrag über „Der Kaufmann im bolschewistischen Rußland" findet nicht um 20,30 Uhr, sondern erst um 21 Uhr im Tucherausschank bei Jusczyk, Kaiser-Franz-Joseph-Platz, statt.

* **Deutschlands große Vergangenheit im Film.** Als 6. Kulturfilm der Volkshochschule wird am Sonntag um 11.15 Uhr im Deli-Theater „Waterloo, Marschall Vorwärts" gezeigt. Hauptrolle Otto Gebühr.

* **Vorläufig keine neue Spielplatzverteilung.** Der Spielplatz-Verteilungsplan von 1931 bleibt zunächst auch für dieses Jahr bestehen. Vereine, die auf Grund veränderter Verhältnisse bezüglich des Verteilungsplanes besondere Wünsche haben, werden gebeten, ihre Vertreter zu einer Rücksprache ins Geschäftszimmer des Stadtamtes für Leibesübungen am Moltkeplatz, Zimmer 59, zu entsenden.

* **Gaslehrkursus für Hausfrauen.** Am 19. und 20. April findet in der Gaslehrküche, Evangelische Schule, Klosterplatz, von 15 bis 19 Uhr ein Gaslehrkursus für Hausfrauen statt.

Miechowitz

* **Zum Rektor befördert.** Von der Regierung in Oppeln wurde am gestrigen Mittwoch Lehrer Dr. Galluschka, der bisher an der Schule III in Miechowitz tätig war, zum Rektor an die Volksschule in Ujest berufen. Dr. Galluschka hat noch am gleichen Vormittag Miechowitz verlassen.

* **Männer-Turn-Verein.** Der Verein hält am Donnerstag, abends 9 Uhr, nach dem Turnen seine Mitgliederversammlung ab.

Rokittnitz

* **Deutschnationale Volkspartei.** Die Deutschnationale Volkspartei hält am Freitag um 19,30 Uhr bei Hurdes eine Mitgliederversammlung ab. Redner ist Gaugeschäftsführer Buth, Gleiwitz.

Friedrichswille

* **Vom Kriegerverein.** Beim letzten Monatsappell am Sonntag wurde das Fahnennagelungsfest auf den 19. Juni festgesetzt. Nächster Appell Sonntag, den 8. Mai, 13,30 Uhr, in Stakowitz.

Gleiwitz

* **Versetzungen in Polizeiverwaltung.** Zur Polizeiverwaltung Gleiwitz wurden Polizeimajor Wünnenburg aus Köln, Polizeihauptmann Kopka aus Oppeln, Polizeioberleutnant Genz aus Berlin, Polizeileutnant Schmudluch aus Berlin und Polizeileutnant Wandel aus Potsdam versetzt. Von der Polizeiverwaltung Gleiwitz wurden Polizeioberleutnant Wienke nach Wuppertal und Polizeileutnant Letzmann an die Polizeischule Frankenstein versetzt.

* **Neue Schwurgerichtsperiode.** Am Landgericht beginnt am 25. April wiederum eine Schwurgerichtsperiode, in der Landgerichtsrat Dr. Christoph den Vorsitz führen wird. Bisher sind zwei Termine angesetzt. Am 25. April wird gegen den Walzer Rassek, den Bergarbeiter Kornau und den Kranführer Nowak, sämtlich aus Laband, wegen Anstiftung zum Mord, am 26. April gegen den Grubenarbeiter Müller aus Hindenburg wegen versuchten Mordes verhandelt.

* **Kriegerverein Alt-Gleiwitz.** Der Kriegerverein Alt-Gleiwitz hielt seinen Monatsappell ab, den der Vorsitzende mit einer Mahnung an die Mitglieder zum festen Zusammenhalten, treuer Pflichterfüllung und gegenseitigem Vertrauen eröffnete. Es wurde beschlossen, das diesjährige Sommerfest in Form eines Ausfluges nach Gut Fortuna zu begehen. Ferner wurde beschlossen, die Beiträge für erkrankte Mitglieder und für Wohlfahrtsunterstützungsempfänger zu ermäßigen.

* **Tagung der Fleischer-Innung.** Die Freie Fleischer-Innung hielt ihre Quartalsversammlung ab, die Obermeister Powroslo eröffnete. 11 Junggesellen bestanden die Prüfung, und zwar Wilhelm Magiera, Georg Hertel, Alfred Rack, Herbert Galonska, Erich Powalla, Dominikus Lepiorz, Werner Schadock, Franz Schendzielorz mit „Gut" und Wilhelm Liboschik, Bruno Stebel, Walter Stephani mit „Ausgezeichnet". Als Anerkennung wurde den drei Letztgenannten mit einer Urkunde der Ehrenstahl der Innung überreicht. Einen breiten Raum in der Verhandlung nahm der Abbau der Schlachtgebühren ein. Es wurde eine Senkung von 50 Pfennig pro Rind und Schwein erreicht. Die Verhandlungen haben ergeben, daß eine weitere Senkung möglich ist. Das Arbeitsministerium plant eine Zusammenlegung der Fleischereiberufsgenossenschaft mit sechs anderen Berufsgenossenschaften zu einer großen Nahrungs- und Genußmittelindustrie-Berufsgenossenschaft. Diese Verschmelzung verspreche aber keine Verbesserungen. Die Versammlung war der Ansicht, daß gegen den Verschmelzungsplan des Reichsarbeitsministeriums protestiert werden müsse. Als Delegierte für den Bezirkstag wurden die Meister Stephani, Sollors und Hampel gewählt. Als Anträge wurden vorgeschlagen: Stellungnahme gegen die erhöhte Warenumsatzsteuer, zur Zusammenlegung der Berufsgenossenschaften, gegen die Hausschlachtungen, zur Verwertung der Nebenprodukte und zum Abbau der Gebühren. Der Vorsitzende

---

Gesellschafts-Erholungsreisen. Die „Rigero", Ohlau, veranstaltet wieder mehrere billige Gesellschafts-Erholungsreisen nach dem sonnigen Süden. Die erste Reise, eine große Rundreise, durch sechs Länder, geht über Budapest, Abbazia, Fiume, Venedig, Lido, Padua, den Semmering nach Wien und kostet einschließlich Hotel, Verpflegung, Trinkgelder, Taxen und Führungen nur 168 Mark. Pfingsten führt eine elftägige Erholungsreise nach Abbazia zum internationalen Blumenkorso. Alles Nähere im demnächst erscheinenden Inserat und in den ausführlichen Prospekten, die gegen Rückporto durch die „Rigero", Ohlau 7, zu beziehen sind.

Unterhaltungsbeilage

Ein Empfang beim „Sohn des Himmels“

Von Sven Hedin

Das jüngste Werk des berühmten Asienforschers: Jehol, Die Kaiserstadt, schildert die erinnerungsreiche Residenz der chinesischen Kaiser. Mit Genehmigung des Verlages F. A. Brockhaus entnehmen wir einem Kapitel auszugsweise den folgenden Bericht.

Lord Macartney war das Haupt der ersten Gesandtschaft des Königs von England an den Kaiser von China. Er verließ Peking am 2. September 1793 mit seinem Gefolge und der chinesischen Dienerschaft. Die Mandarinen bestaunten seinen europäischen Reisewagen, nachdem sie ihre Scheu vor den schaukelnden Bewegungen überwunden hatten.

Am vierten Tag kam die große Mauer in Sicht. Am siebenten Reisetag kamen die Engländer nach Jehol. Man sagte ihnen, daß der Kaiser ihren festlichen Einzug vom Gipfel eines Hügels beobachte und sich davon überzeuge, ob sie mit den entsprechenden militärischen Ehren empfangen würden.

Die fremden Gäste wurden in die ihnen bestimmten Wohnräume in der Stadt geführt, dann begannen die Vorbereitungen für den Empfang bei Hofe. Die Hauptabsicht der Engländer war die Eröffnung von Handelsbeziehungen mit China, die Chinesen aber zerbrachen sich den Kopf darüber, wie sie wohl die Fremden dazu brächten, den Kniefall und den Kotau zu machen, daß heißt, bei Begrüßung des Sohnes des Himmels die Erde mit der Stirn zu berühren. Bisher hatte noch kein Sterblicher der göttlichen Majestät vor Augen treten dürfen, ohne sich den Vorschriften des hergebrachten Zeremoniells zu fügen.

Die Chinesen wollten nun, daß die Engländer sich dem allgemeinen Hofzeremoniell fügen sollten, denn in ihren Augen war König Georg III. bestenfalls irgendeinem mongolischen Vasallenfürsten außerhalb der großen Mauer ebenbürtig. Die Mandarinen hatten sich schon in Tientsin lebhaft über diese Frage auseinandergesetzt. Darüber unterrichtet uns ein Brief des Staatssekretärs Po Ho an Liang, den Statthalter von Tschili, zur Instruktion des Salzkommissars Jui Tseng, geschrieben auf Befehl des Kaisers. Nach den Angaben von Herrn Koo geht aus dem Brief deutlich hervor, welche Unruhe am Hofe herrschte und wie schlau man sich vorkam, daß man den Engländer veranlaßt hatte, ohne Gamaschen bei Hof zu erscheinen, denn diese stramm sitzende Beinbekleidung hätte ihn daran gehindert, auf die Knie zu fallen und den Kotau zu machen.

Die brennende Frage mußte gleich nach der Ankunft in Jehol gelöst werden. Die Engländer weigerten sich rundweg, Kniefall und Kotau zu machen.

Im Lauf der Verhandlungen, die einige Tage dauerten, fragten die Mandarinen, wie weit der Gesandte in der Ehrerbietung gegen den Kaiser gehen könne, ohne die Pflichten gegen seinen eigenen Monarchen zu verletzen. Der Lord antwortete, er verneige sich vor seinem eigenen König und berühre mit einem Knie den Boden. Er sei bereit, dem Kaiser in gleicher Weise zu huldigen. Die Madarinen versprachen, diesen Vorschlag bei Hofe zu unterbreiten und dem Lord die Antwort des Kaisers zu übermitteln.

Der Kaiser gab zum Glück nach und ließ die englische Auffassung gelten. Es war wohl das erstemal, daß er sich auf eine Stufe mit seinen Vasallen stellte, denn König Georg III. von England war in den Augen des Kaisers ein beliebiger Vasallenfürst, der aus freien Stücken Gesandte und Tribut schickte.

Am 14. September wurden die Geschenke des Königs in den Palast gebracht. Der Gesandte sollte sich schon vor dem Morgengrauen im Park des Sommerpalastes einfinden. In der Mitte des Parks war ein prächtiges Zelt aufgeschlagen, die Zeltstangen waren goldpoliert. Der innere Raum war geschmackvoll ausgeschmückt, der Thron des Kaisers stand auf einer erhöhten Plattform, zu der einige Stufen emporführten. Vor dem Empfangszelt waren einige kleinere Zelte aufgeschlagen. Eins davon wurde der Gesandtschaft als Aufenthalt bis zum Erscheinen des Kaisers angewiesen. Im anderen versammelten sich die Vasallenfürsten aus der Tatarei, aus Pegu und anderen tributpflichtigen Staaten; sie waren erschienen, um den Kaiser anläßlich seines Geburtstages zu beglückwünschen. Andere Zelte waren für die kaiserlichen Prinzen und die Mandarinen bestimmt. Es wimmelte von hohen Würdenträgern mit den Abzeichen des Hofes, mit Knöpfen, Pfauenfedern und dem goldenen Drachen im viereckigen Feld an der Vorderseite des Seidenmantels. Während der Wartezeit erschienen der Bruder, die Söhne und Enkel des Kaisers zum Besuch im Zelt des Gesandten.

Gleich nach Sonnenaufgang hörte man Musikinstrumente. Der kaiserliche Zug nahte. Vorn die kaiserliche Leibgarde, die Offiziere, die Hofbeamten, Flaggen- und Sonnenschirmträger, dann der Kaiser Ch'ien-lung selbst in einer Sänfte, die von 16 Männern getragen wurde Der Kaiser trug ein Gewand aus einfacher dunkler Seide und eine Samtmütze ähnlich der Kopfbedeckung der schottischen Hochländer, nur daß sie vorn mit einer großen Perle verziert war. Seine Majestät bestieg den Thron. Ho Shen und zwei andere Mandarinen wichen nicht von seiner Seite und sprachen nur in knieender Stellung mit ihm.

Der Vorsitzende des Zeremonienamtes führte den Gesandten, seinen Sekretär Staunton, den Pagen und den Dolmetscher zur linken Seite des Throns. Das war der Ehrenplatz. Der Lord war in großer Galauniform, er trug den Mantel über die Schultern geworfen und darüber noch den scharlachroten Mantel eines Ehrendoktors der Universität Oxford. Er hatte sich dafür entschieden, Ueberkleider zu tragen, weil es in Ostasien für unanständig gilt, die Körperform erkennen zu lassen.

Der Lord trat auf das gegebene Zeichen hin vor den Thron und stieg die Stufen hinauf. Die goldene Kassette mit dem Brief des Königs hielt er über dem Haupt. Vor dem Kaiser fiel er auf das eine Knie und reichte Seiner Majestät die Kassette. Es war noch nie dagewesen, daß ein fremder Gesandter die Stufen des Throns hatte ersteigen dürfen, und die Ausnahme machte tiefen Eindruck auf alle Anwesenden.

Der Hofklatsch behauptete später, der edle Lord sei vor dem Angesicht Seiner Majestät ganz außer Fassung geraten, die Glieder hätten ihren Dienst versagt, und er sei auf allen Vieren gelandet. Wenn er auch nicht freiwillig den Kotau hätte machen wollen, die bloße Gegenwart Seiner allmächtigen Majestät habe ihn dazu gezwungen.

Der Kaiser nahm das Schreiben des Königs eigenhändig in Empfang und „drückte seine Genugtuung über diese Anerkennung aus, die ihm Seine britische Majestät aus eigenem Antrieb und gutem Willen bekunde, indem sie ihm eine Gesandtschaft mit einem Brief und seltenen Geschenken schicke. Er seinerseits hege Gefühle gleicher Art für den Souverän von Großbritannien und hoffe, daß immer Eintracht zwischen den beiderseitigen Untertanen herrschen möge.“

Der Kaiser überreichte dem Gesandten einen Stab aus Jade für den König. Der Jadestab ist das Sinnbild des Glücks und des Friedens. Nach einem kurzen Gespräch überreichte der Gesandte dem Kaiser seine eigenen Geschenke und nahm die Gegengabe des Kaisers in Empfang.

Hierauf wurde der Engländer aufgefordert, links vom Thron auf Kissen Platz zu nehmen, während die Gesandten von Pegu und den Gegenden am Kaspischen Meer empfangen wurden. Sie mußten neunmal den Kotau machen und wurden sehr kurz abgefertigt. Dann wurden kleine Tische hereingebracht und ein Festmahl aufgetragen. Staunton berichtet darüber: „Der Grundzug des ganzen Empfangs war die ruhige Würde und die vornehme Pracht der asiatischen Großen, die noch nicht durch europäische Sitten verfeinert sind.“

Der Kaiser erwies den Gästen besondere Gunst, indem er ihnen höchsteigenhändig den Becher reichte. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, der König von England möge ebenso alt werden wie er selbst, nämlich 83 Jahre, und auch er möge sich bis in dieses Alter Gesundheit und Kräfte voll bewahren.

Dann stieg Ch'ien-lung von seinem Thron herab nud begab sich gemessenen Schrittes zur Sänfte.

Chaco, das Höllenschiff

Man spricht schon Tage lang von dem Verbrecherschiff „Chaco“, das neuerdings auch in deutschen Gewässern aufgetaucht ist. Auf ihm befinden sich Deportierte aus Argentinien, ausgewiesene Verbrecher, die in ihren Heimatländern „abgesetzt“ werden sollen.

Wenn man eine der St. Pauli-Kneipen oder eines der Lokale des Hafenviertels betritt, wird man fast überall nur das gleiche Gesprächsthema hören: das Verbrecherschiff „Chaco“. Gerüchte um Gerüchte türmten sich um den einzigartigen Fall. Gruseligste Geschichten werden erzählt und die unwahrscheinlichsten Annahmen gemacht. Man ist nach all diesen Gesprächen so gespannt, daß man sich vornimmt, der Sache auf den Grund zu kommen, endlich über dieses seltsame Schiff, das wie die Szenerie eines sensationellen Romans anmutet, die Wahrheit zu erfahren. Die Aufgabe ist nicht leicht. Man muß sich die „neuesten Berichte“ überall zusammensuchen, vor allem sich an möglichst zuverlässige Stellen wenden.

Zunächst erfährt man wirklich eine Neuigkeit. Die Verbrecher auf der „Chaco“ sollen gar keine Schwerverbrecher, sondern „Politische“ sein. Vertreter aller Nationen, außer den Deutschen, sind auf dem Schiff versammelt: Spanier, Italiener, Russen, Polen. Die zuständigen Stellen erklären, es handle sich um Personen, die wegen radikaler Umtriebe verhaftet und ausgewiesen wurden; man konnte ihnen außerdem schon aus früherer Zeit, während sie noch in ihren Heimatländern waren, von wo sie nach Argentinien flohen, die gleiche Tätigkeit nachweisen.

Was soll nun mit diesen Menschen geschehen? Diejenigen, die Papiere besaßen, aus denen ihre Staatsangehörigkeit einwandfrei festgestellt werden konnte, sind inzwischen in den betreffenden Ländern — in Spanien und Italien — ans Land gebracht worden. Die anderen, die sich in der Mehrzahl befinden, haben keine Papiere. Die Konsulate machen deswegen wegen ihrer Landung große Schwierigkeiten. Ein weiterer Teil ist inzwischen von der argentinischen Regierung „zur Rückkehr begnadigt“ worden. Diese 30 bis 40 Leute werden nach Argentinien zurückgebracht, sobald die anderen „abgesetzt“ sind. Doch wann wird dies geschehen? Wann wird das jetzt in fremden Gewässern irrende Schiff die Heimreise antreten können? Es mutet wirklich wie ein „fliegender Holländer“ an, denn tagelang weiß man nichts von seinem Aufenthalt; dann taucht es plötzlich irgendwo auf, und tausend neue Nachrichten bewegen die Seemannswelt.

Der einzige bisher bekannt gewordene, mehr oder minder zuverlässige Bericht über die Zustände auf der „Chaco“ stammt aus einem Brief, der ans Land geschmuggelt wurde. Aus diesem Brief geht hervor, daß die Passagiere in brutalster Weise mißhandelt werden. Die Verpflegung spottet jeder Beschreibung, und eine hungertyphusartige Krankheit soll an Bord ausgebrochen sein, ohne daß ärztliche Hilfe zur Verfügung steht. Mehrere Gefangene sollen hoffnungslos krank sein, den übrigen droht die gleiche Gefahr ständig, da sich alle in einem einzigen kleinen Raum des Zwischendecks befinden und ihn nicht verlassen dürfen.

Bei aller Berechtigung, sich von fremden unliebsamen Elementen zu befreien, die man den argentinischen Behörden zusprechen mag, wäre es doch ihre Pflicht, die Irrfahrt des Unglücksschiffes so schnell wie möglich zu beenden. Es wird dem Kapitän aller Wahrscheinlichkeit nach doch nichts anderes übrig bleiben, als den Rest seiner Menschenfracht, die er nirgends los werden kann, in die Heimat zurückzutransportieren, wenn nicht inzwischen der größte Teil der Seuche zum Opfer fällt und aus dem Höllenschiff ein Totenschiff wird.

Dr. L.

Das Märchen von Sanssouci

Ein Liebesroman aus friderizianischer Zeit von PAUL HAIN

11

Es war eine Zeitlang alles gut gegangen. Ilsabe hatte besser ausgeruht als sonst, in die Landschaft hinausgesehen. Felder, wogend im warmen Wind, hier und da schon abgemäht. Fette, grüne Wiesen mit einsamen Erlen und Pappeln, Rinderherden, hingelagert im fetten Gras, mit Behagen wiederkäuend. Lerchen im Himmelsdom, in den Tag hineinjubilierend wie ferne Fanfaren! Das alles sah gut und schön aus.

Da gab es mit einem Male ein Spektakulum, daß Ilsabe laut aufschrie. Der Wagen neigte sich zur Seite. Ilsabe taumelte kreuz und quer und fiel zwischen die beiden Sitzbänke.

Der Postkutscher war im Bogen in den Feldrain gesaust und rieb sich den schmerzenden Rükken, während er einen ellenlangen Fluch ausstieß.

Was war geschehen?

Eine Kleinigkeit, an die einen die märkischen Chausseen schon gewöhnt hatten: Ein Rad war in eines der vom Regen ausgewühlten Löcher geraten und glatt abgebrochen.

Ilsabe kletterte aus der Kutsche.

„Mon Dieu — wie kommen wir nun weiter?“

„Zu Fuß, Demoiselle“, gab der Schwager wütend zurück.

„Unmöglich!“

Ilsabe sah sich weit um. Kein Haus weit und breit zu sehen. Nur Wiesen und Felder und einsame Pappeln.

„Nette Bescherung!“ sagte sie.

Die Koffer lagen verstreut an der Erde. Sie machte sich daran, sie am Feldrain zusammenzustellen. Der Postkutscher hinkte, noch immer fluchend, auf und ab. Besah sich den Schaden und stellte fest: Das kann bloß ein Wagenbauer reparieren. Dann stopfte er sich die Pfeife und setzte sich am Straßengraben hin.

„Fassen wir erst mal Mut, Demoiselle“, tröstete er Ilsabe. „Wir haben ja Zeit.“

„Wie weit ist es bis Leuthen?“

„Zu Fuß? Eine Tagereise.“

Ilsabe besah sich ihre zierlichen Schuhe und seufzte. Dann sagte sie launig:

„Also fassen wir erst mal Mut!“

Und setzte sich auf einen ihrer Koffer. —

Aber die Hilfe war nahe. Eine andere Kutsche kam in der Ferne angerumpelt, in eine dichte Staubwolke gehüllt. Offenbar eine Privatkutsche, eine Extrapost. Der kundige Schwager bemerkte das sofort.

Die Kutsche hielt. Zwei Herren sahen zum Fenster heraus. Besahen sich das Unglück.

Schließlich stiegen sie aus. Sie trugen modische Reisemäntel, extravagant im Schnitt, und waren sicher vornehme Herren. Jung, elegant, weltgewandt. Ilsabe erriet sofort, daß es Franzosen waren. Sie sprachen zwar Deutsch, aber man merkte den französischen Akzent heraus.

„Och, welch Unglück, Madame,“ sagte der eine und zog galant vor Ilsabe den Dreispitz.

Da faßte sie Mut.

„Meine Herren, ich bin in arger Verlegenheit. Ich werde in Leuthen erwartet, und nun dieser Unfall! Würden Sie die Gefälligkeit haben und mich in Ihrem Wagen mitnehmen?“

„Mit Vergnügen,“ antwortete jener mit einer leichten Verbeugung und nannte seinen Namen.

„Comte de Renard — mein Freund Baron Guignard. Sehr gern.“

Der Schwager verhandelte inzwischen mit dem Kutscher der Extrapost. Er solle aus dem nächsten Dorf Wagenbauer oder Schmied herschicken. Dann verstaute er Ilsabes Koffer.

Die Herren meinten, daß nach dem Schrecken ein kleiner Imbiß Madame wohl zustatten kommen würde. Sie war herzlich froh darüber, denn sie verspürte in der Tat Appetit.

„Sehr scharmant, Messieurs.“

Nun nannte auch sie ihren Namen, und die Herren verneigten sich mit besonderem Respekt. Der Comte de Renard nickte, seinem Freunde verstohlen zu, und während sie zu ihrem Wagen zurückgingen, um die nötigen Eßgeräte zu holen, flüsterte er:

„Ein scharmantes Abenteuerchen, he? Großartig — die Mademoiselle Komtesse. Das wäre so eine Erinnerung, haha.“

Der Kutscher stellte einen zusammenklappbaren Tisch auf der nächsten Wiese auf, ein mitgeführter Futterkorb erschien, Delikatessen und Silberzeug waren mit einem Male da, und auch an einer Bouteille Wein fehlte es nicht und zierlichen Kristallgläsern.

Die Herren schienen für eine lange Reise wohlgerüstet zu sein.

Ilsabe lachte vergnügt.

„Das ist ja die reine Zauberei, Messieurs!“

„Man muß immer gerüstet sein,“ gab der Comte zurück. „Wir haben noch eine weite, eilige Reise vor uns.“

„Darf man fragen, wohin?“

„Nach Frankreich“, lachte er, und Baron Guignard lächelte ironisch.

„In Preußen wird's doch bald brennen, Mademoiselle.“

„Wieso? Brennen? Wo?“

„Haha — keine Sache für Damen, Komtesse.“

„Oh, mein Vater ist Seiner Majestät getreuester Diener.“

„Ah! Sehr interessant. Comte de Seydlitz? Ich hörte von ihm. Nun, er wird's ja wissen. Aber lassen wir die Politik. Bitte, Mademoiselle.“

Der Kutscher hatte kleine Feldtische an den Tisch gestellt und zog sich devot zurück.

Es war eine hübsche, improvisierte Mahlzeit, die man da auf der Wiese eines unbekannten Bauern unter dem Lerchenjubel und den blauen Federwolken des Himmels einnahm.

Ein Intermezzo an der Landstraße, wie es damals nicht selten war.

Der Comte schenkte die Gläser voll. Mit heißen Augen sah er Ilsabe an.

„Auf Ihr Wohl, Komtesse. Gestatten Sie mir, zu bemerken, daß diese Begegnung mir eine der angenehmsten Erinnerungen an Preußen bleiben wird. Ich wünschte, es würde mehr als eine Begegnung daraus.“

Das war kühn.

Ilsabe stieg die Röte in die Wangen. Sie war französische Komplimente nicht gewöhnt. Und sie konnte nicht ahnen, daß der Comte de Renard einer der kecksten und gewissenlosesten Don Juans von Paris war. Sie konnte auch nicht ahnen, daß er mit dem Baron seit zwei Monaten in Rußland geweilt hatte und die unterschriebenen Geheimverträge zwischen Katharina, Maria Theresia und Sachsen auf der Brust trug, der neuen Bundesgenossen Frankreichs.

Geheimkurier einer großen, heimlichen Koalition, die nur auf den günstigen Augenblick wartete, gegen Preußen loszuschlagen, dessen König der Umwelt mächtig zu werden begann.

So antwortete sie denn nur:

„Danke, Messieur!“

Sie trank. Der heiße Tag hatte sie durstig genug gemacht. Und die Herren wußten amüsant zu plaudern.

So verging die Zeit, bis Ilsabe zu mahnen begann:

„Messieurs — die Weiterreise!“

Der Kutscher räumte den Tisch ab und verstaute alles wieder geschickt. Man stieg ein.

Ilsabe saß im Fond, der sicher und bequemer war als die Allerweltspostkutsche. Neben ihr hatte der Baron Platz genommen und ihr gegenüber der Comte de Renard.

Sie war etwas benommen von dem Wein. Ein rosiger Hauch färbte ihre Wangen stärker als sonst, und in ihren Augen war ein Glänzen.

Der Comte blickte sie heiß an.

Teufel, war das Mädel schön! Seine Abenteurernatur war vom ersten Augenblick an hingerissen gewesen beim Anblick Ilsabes. Das war jener Typ blonder, deutscher Schönheit, der ihn von je immer besonders stark gereizt hatte. Man sagte, diese Mädchen wären schwer zu erobern, schwerer als die heißblütige Romanin oder die leidenschaftlich-sinnliche Russin. Nun, man würde ja sehen! Sein so leicht entzündbares Herz stand in hellen Flammen.

Der Baron lächelte in sich hinein. Er kannte die schwache Seite seines Freundes und merkte sehr wohl, wie er bereits wieder einmal Feuer gefangen hatte.

Die Kutsche rollte gemächlich dahin.

Es war Nachmittag geworden, und man würde heute nicht mehr bis nach Leuthen kommen.

„Komtesse, wissen Sie, daß Sie die schönsten Augen haben, die ich je in Deutschland gesehen habe?“

„Sie machen sehr viel Komplimente, Comte, sagte Ilsabe kühl.

„Verzeihen Sie, aber man darf etwas Schönes doch schön nennen.“

(Fortsetzung folgt)

Aus aller Welt

Wildwest-Raub in Neukölln

Berlin. Ein für Berliner Verhältnisse außergewöhnlicher Raubüberfall ereignete sich in Neukölln. Zwei bisher unbekannte Verbrecher drangen in die im dritten Stock des Hauses Wißmannstraße 15 gelegene Wohnung der Tabakhändlerin Frau Stein, **hielten sie mit einer Pistole in Schach und fesselten sie an einem Stuhl.** Ein Geschäftsfreund der Frau, der dazukam, wurde niedergeschlagen und ebenfalls an den Stuhl gefesselt. **Die Räuber sind mit einer Beute von 400 Mark entkommen.** Kunden, die einige Zeit später kamen, benachrichtigten die Polizei.

In der Mandschurei sind erneut schwere Kämpfe ausgebrochen.

Entdeckung einer großen Scheckfälschung in Paris

Paris. In Paris ist eine große **Scheckfälschung mit amerikanischen Dollars** aufgedeckt worden. Am letzten Donnerstag hatte sich ein eleganter junger Mann in einem Pariser Kreditinstitut vorgestellt und die **Eröffnung eines Kontos sowie die Einlösung von für 100 000 Franken Dollarschecks** gewünscht. Da seine Angaben nicht ganz einwandfrei schienen, wurde die Polizei benachrichtigt, die eine Untersuchung vornahm, und feststellte, daß der Betreffende **nicht weniger als 12 Scheckhefte mit lauter falschen Dollarschecks im Besitz hatte, und zwar für einen Wert von etwa 60 000 Dollar.** Der Betreffende, der einen Paß auf den Namen Ciro, Bankier in New York, mit sich führte, hatte außerdem eine Summe von **26 000 französischen Franken bei sich.** Er wurde verhaftet, und man stellte fest, daß er mit einem anderen Mann, namens Dilisi, gemeinsam ein Hotelzimmer in Paris bewohnt hatte. Dilisi war, als die Polizei im Hotel erschien, bereits verschwunden.

Der Verhaftete ist ein Italiener, namens Alberti Badessi, der früher in der italienischen Kriegsmarine als Reserveoffizier gedient hat und tatsächlich einige Zeit lang in New York Bankier war, bis seine Bank zusammengebrochen war. Badessi und Dilisi hatten in New York **von einem Unbekannten das Angebot erhalten, falsche Dollar-Reiseschecks in Umlauf zu bringen,** die der Unbekannte ihnen liefern würde, wogegen sie ihm ein Drittel ihrer Einnahmen zurückerstatten sollten. Mit diesem Auftrag schifften sich Badessi und Dilisi am 22. März an Bord eines französischen Dampfers ein, und zwar **mit gefälschten Reiseschecks im Werte von 300 000 Dollar.** Während der Ueberfahrt entdeckten die beiden, daß ein großer Teil der falschen Hundert-Dollar-Schecks schlecht nachgeahmt war. **Sie warfen daher den größten Teil über Bord und kamen mit nur noch 60 000 Dollar einwandfrei gefälschten Schecks in Le Havre an.** Seitdem, also seit einer knappen Woche, haben sie in der Weise gefälschte Schecks abgesetzt, daß einer von ihnen an die Schalter der Bank ging, während der andere vor der Tür wartete und das ausgezahlte Geld in Empfang nahm. Auf diese Weise kam es auch, daß Dilisi in dem Augenblick, als Badessi verhaftet wurde, schleunigst verschwand. Dilisi ist jedoch inzwischen in Mailand ebenfalls festgenommen worden.

Selbstmord nach einem Streit im Elternhaus

Hattingen. Die 16 Jahre alte Hildegard Wittgens warf sich vor einen Eisenbahnzug. Sie wurde sofort getötet. Das Mädchen hatte **nach einem Streit das elterliche Haus verlassen** und gedroht, sie werde sich das Leben nehmen. Ein Mann, der im letzten Augenblick versucht hatte, das Mädchen zurückzuhalten, wäre beinahe selbst vom Zuge erfaßt worden.

Die Verlobung ihrer Tochter VERA mit dem Polizeihauptmann Herrn KONRAD BADZIURA beehren sich anzuzeigen

Bergingenieur
Kurt Schroeder u. Frau
Margarethe, geb. Klimke.

Hindenburg (Oberschl.), den 6. April 1932.
Kronprinzenstraße 306

Das Hinscheiden unseres lieben und hochverehrten

Kreisbaurates
Paul Echtermeyer

hat in unseren Reihen eine Lücke gerissen, die kaum wieder aufgefüllt werden kann. Wenn er im allgemeinen für sogenannte Vereinstätigkeit wohl keinen Sinn hatte, so ist er doch umso treuer zu unseren Versammlungen gekommen und hat stets hilfsbereit und von persönlicher Liebenswürdigkeit mit seinem reichen Wissen und vielseitigen praktischen Erfahrungen unserer Sache wertvolle Dienste geleistet. Er sah außerhalb seines Berufes seine vornehmste Lebensaufgabe in der Mitarbeit an den Zielen des Bundes Deutscher Bodenreformer und deren Durchführung in der Praxis, in der Erschaffung von Heimstätten. Ein aufrechter Mensch, hat er sich stets ohne Rücksichtnahmen mit seiner ganzen Persönlichkeit für die als wahr und gut erkannte Sache eingesetzt. Wir verlieren in ihm einen treuen Freund und Berater und werden sein Andenken in hohen Ehren halten.

Heimstätte Beuthen OS. e.G.m.b.H.
Heitmann. Hiller. Miklíß.

Bund Deutscher Bodenreformer Ortsgruppe Beuthen OS.
Harnoth. Scholz.

Beerdigungs-Verein Beuthen OS.

Unser Mitglied
Frau Johanna Mischak
ist gestorben. Beerdigung Donnerstag, den 7. April 1932, nachmittags 3½ Uhr. Trauerhaus: Donnersmarckstraße 4.
Zahlreiche Beteiligung erwünscht.
Der Vorstand.

Beerdigungs-Verein Beuthen OS.

Unser Mitglied
Frau Hedwig Woyciech
ist gestorben. Beerdigung Freitag, den 8. April 1932, vormittags 9 Uhr. Trauerhaus: Piekarer Straße 27.
Zahlreiche Beteiligung erwünscht.
Der Vorstand.

Die Jahresmesse für meinen verstorbenen Gatten, unseren Vater, Malermeister **Max Gowik** findet am 8. April 1932, 7 Uhr, in der St. Barbara-Kirche statt.
A. Gowik und Kinder.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am 15. April 1932, 10 Uhr, an der Gerichtsstelle — Zivilgerichtsgebäude (Stadtpark) — Zimmer 25, versteigert werden das im Grundbuche von Beuthen-Vorstadt Band 38, Blatt Nr. 444, auf den Namen des Tischlermeisters Josef Hensel in Beuthen, eingetragene Grundstück, Gemarkung Beuthen, Kartenblatt 30, Parzelle Nr. 17, bebauter Hofraum, Kasernenstraße 3, Größe 10,59 a, Grundsteuermutterrolle Nr. 1577, Gebäudesteuerrolle Nr. 1418, Nutzungswert 3880 Mark.

Amtsgericht in Beuthen OS.

Handelsregister

In das Handelsregister B. Nr. 217 ist bei der **„Gustav Cohn Gesellschaft mit beschränkter Haftung"** in Beuthen OS. eingetragen: Durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 23. März 1932 ist der Gesellschaftsvertrag gemäß der Niederschrift abgeändert. Die Dauer der Gesellschaft ist bis zum 31. Dezember 1935 bestimmt. Kraft Nothmann ist als Geschäftsführer abberufen. Zum alleinigen Geschäftsführer ist der Kaufmann Oskar Wylezol in Beuthen OS. bestellt. Das Stammkapital ist um 15 000 RM. auf 75 000 RM. erhöht. **Amtsgericht Beuthen OS.,** den 4. April 1932.

Das Grenzlanddeutschtum im Kampf gegen die slawische Welle

Lamsdorf, 6. April.

Am 4. April sprach im Rahmen der Lamsdorfer Schulungswoche des VC. zunächst Diplomlandwirt Blume, Breslau, über **„Die Tschechoslowakei"**. Er skizzierte die Geschichte der Landesteile des jungen Staates, dessen Grenzen keineswegs überall natürlich sind und die insbesondere überall die Sprach- und Volkstumsgrenzen überschneiden. **In Böhmen sitzen in geschlossenem Zusammenhange mit dem übrigen deutschen Gebiet 3½ Millionen Deutsche.** Auch in den übrigen Landesteilen ist das Deutschtum stark vertreten, besonders stark in dem früheren Oesterreichisch-Schlesien, das jetzt mit Mähren vereinigt ist. **Heute ist das Sudetendeutschtum in schwerer Gefahr, dem slawischen Ansturm zu erliegen.** Ueberall und unter Anwendung aller Methoden wird das deutsche Sprachgebiet zurückgedrängt. Allerdings beginnen die Sudetendeutschen überall mit energischer Abwehr. Die geographische Lage der Tschechoslowakei weist den Staat auf eine deutschfreundliche Politik hin, hingegen befindet sich die Außenpolitik nach wie vor im Schlepptau Frankreichs, und die **Pläne der Donauföderation zeigen deutlich die Absicht, Deutschland in seinem Einfluß auf Südosteuropa politisch und wirtschaftlich zurückzudrängen.** Die Tschechoslowakei ist der südwestliche Arm des Slawentums, das Schlesien umklammert und so nicht nur eine Gefahr für das Sudetendeutschtum, sondern auch für unsere Heimatprovinz bildet.

Es folgten Vorträge zur schlesischen Frage. Ueber

„Verkehr und Siedlung in Schlesien"

sprach Landesrat von Stutterheim. Nach einem geschichtlichen Rückblick schilderte der Redner an Hand eines reichlichen statistischen Stoffes **die verhängnisvollen Folgen des Versailler Vertrages und der Genfer Konvention für Schlesiens Wirtschaft, die die Absatzgebiete in Posen und Westpreußen, in Kongreßpolen, Böhmen und im Südosten verloren hat.** So ist die schlesische Wirtschaft gezwungen, sich im Reiche neue Absatzgebiete zu schaffen. Dort aber steht sie in erbittertem Wettbewerb mit der mittel- und westdeutschen Wirtschaft, mit der sie wegen der hohen Frachtkosten nur schwer konkurrieren kann. Aus dem gleichen Grunde ist die Konkurrenz auf dem Weltmarkte bedeutend erschwert. **Die Zahl der Konkurse überschreitet bei weitem den Reichsdurchschnitt.** Die Arbeitslosigkeit ist die größte im ganzen Reich. Die Landwirtschaft liegt völlig darnieder. Die Landflucht nimmt bedrohliche Ausmaße an, weshalb gerade die Grenzbezirke schwächer besiedelt sind als die benachbarten polnischen. Aus diesem Grunde **ist die bäuerliche Siedlung von entscheidender Bedeutung.** Leider fehlen dem Reich die notwendigen Mittel.

Anschließend betrachtete Studienrat Dr. Bahr die schlesische Frage vom geologischen Standpunkt aus. Der Redner zeichnete Schlesien als

Grenzland mit starkem Uebergangscharakter

zwischen Ost und West mit stärkerer Wendung nach Westen. Vom Standpunkt des Wirtschaftsgeographen besprach dann Dr. Franke schlesische Wirtschaftsfragen. In fesselnden Ausführungen schilderte er die Vielseitigkeit und Leistungsfähigkeit der schlesischen Landwirtschaft und den Reichtum an Bodenschätzen. Auch dieser Redner wies auf die verhängnisvollen Folgen des Versailler Vertrages für das einst so blühende schlesische Wirtschaftsleben hin.

Die Schulungswoche schloß am 5. April mit Vorträgen von Glombowski, Danzig, über **„Die Lage im Osten"** und von Friedrich Wilhelm Graf Keller über **„Die außenpolitische Lage"**. Beide Vorträge bedeuteten eine Auswertung des Stoffes, der den jungen Turnerschaftern in der inhaltsreichen Schulungstagung nahegebracht worden war. Glombowski verstand es, in anschaulicher Weise die minderheitspolitischen Methoden diesseits und jenseits der Grenze herauszustellen und **die politischen Absichten Polens im deutschen Ostraum, besonders Danzig und Oberschlesien,** aufzuzeigen. Graf Keller behandelte in seinem Vortrag besonders den Memelkonflikt **und Tardieus Donauplan.** Dann folgte ein mit großem Interesse aufgenommener Vortrag von Friedrich Glombowski über die

„Erneuerung des studentischen Bildungswesens".

Im Anschluß an die Schulungstagung, die den schlesischen Teilnehmern neues Wissen über ihre engere Heimat und den Gästen aus dem Reiche Verständnis für die hartumkämpfte Grenzmark im Osten gegeben hat, folgte die dreitägige Grenzlandfahrt, deren Abschluß eine Wanderung nach dem Annaberg bildet. Hier findet eine schlichte Gedenkfeier an der Schlageterttafel statt, die die Studenten gemeinsam mit den Selbstschutzverbänden durchführen werden. So sollen Wissen und Erlebnis zusammenwirken, um den Studenten die Schönheit und den Reichtum des oberschlesischen Grenzlandes zu zeigen und ihnen die Schwere des Unrechts von Versailles und Genf, die Ursachen der heutigen Not, ins Bewußtsein zu rufen, um in ihnen den Willen zu stärken, entgegen den feindlichen Drohungen trotzig zu geloben: „Dies Land bleibt deutsch!"

Aufruf des Gleiwitzer Hindenburg-Ausschusses

Der Gleiwitzer Hindenburg-Ausschuß erläßt folgenden Aufruf:

Hindenburg bleibt unser Reichspräsident! Dies entschied schon der erste Wahlgang. Das gewaltige Treubekenntnis für unseren Reichspräsidenten von Hindenburg galt dem heldenhaften Soldaten und Feldherrn, dem pflichttreuen Schützer des deutschen Ostens, dem mannhaften Beschützer der Freiheit, der Ehre und der Lebensrechte des deutschen Volkes. Hindenburg, des deutschen Volkes guter Kamerad im Opfer und in der Entsagung, kann allein unser Führer im glückhaften Aufstieg des Vaterlandes sein; ihm allein wird es gelingen, die Reparationsfrage zum günstigen Abschluß zu bringen, die Geißel der Arbeitslosigkeit von uns zu nehmen und Handel und Wirtschaft einem neuen Aufschwung zuzuführen. Es gilt im 2. Wahlgange am 10. April 1932 den beschrittenen Weg fortzusetzen. Es ist nicht gleichgültig, ob die Mehrheit für Hindenburg mehr oder minder groß ist, denn es kommt darauf an, durch eine einmütige Wahl Hindenburgs vor aller Welt zu bezeugen, daß das deutsche Volk alle Mittel der inneren Zersetzung und des verderblichen Bürgerkrieges ablehnt und entschlossen ist, in rechtlicher und gesitteter Aufbauarbeit den nationalen Aufstieg aus schwerer Zeit zu erringen. Durch die Wahl Hindenburgs ehrt das deutsche Volk sich selbst; nur Hindenburg ist würdig, unser Reichspräsident zu sein, nur seine Wahl kann Einigkeit und Recht und Freiheit dem deutschen Volke erhalten. Darum wähle jeder am 10. April den Reichspräsidenten von Hindenburg!

Babioch, Schulrat; Nikolaus Graf Ballestrem, Plawniowitz; Josef Baron, Kaufmann; Dr. Berve, Generaldirektor; Dr. Beutler, Geschäftsführer; Dr. Bitta, Arzt, Schönwald; Frau Helene Bittner; Jacob Boidol, Kesselschmied; Dr. Boldt, Oberregierungsrat; Brann, Reichsbahnoberrat; Brzezinka, Magistratsrat; Buchwald, Apothekenbesitzer, Peiskretscham; Eugen Burzinski, Glasermeister; Cimander August, Landwirt, Schönwald; Dr. Danehl, Polizeipräsident; Dr. Dannenbring, Postdirektor; Josefa Dlubatz, Hausangestellte; Wilhelm Domin, Geschäftsführer; Dr. Dutzek, Katasterdirektor; Dr. Dworczak, Arzt, Peiskretscham; Josef Dziendziol, Kaufm.; Ehren, Arbeitersekr.; Viktor Foltin, Fleischermeister; Folleher, Gewerkschaftssekretärin; Franz, Oberamtmann, Schwieben; Gärtig, Direktor, Tost; Dr. Geisler, Oberbürgermeister, Gemballa, Kaufmann und Gemeindevorsteher, Tworog, Anna Goebel, Lehrerin, Franz Gorzawski, Landwirt, Gleiwitz-Stadt, Gorzawski, Mitglied des Kreisausschusses, Schönwald, Helene Gotschol, Sekretärin, Josef Graba, Postoberinspektor, Dr. Haase, prakt. Arzt, Hanisch, Oberstudiendirektor, Dr. Hanke, Studienrat, Harbig, Landrat, Hencinski, Bürgermeister, Tost, Hennek, Polizeiangestellter und Kreisausschußmitglied, Laband, Dr. Herrnstadt, Rechtsanwalt, Franz Hertel, Lademeister, Dr. Hollenberg, Arbeitsamtsvorsitzender, Jaglo, Prälat, Dr. Jendralsky, Augenarzt, Elisabeth Jung, Kaffanke, Rechtsanwalt, Kaintoch, Apothekenbesitzer, Tworog, Fritz Kareski, Kaufmann, Frau Gerta Kleczewski, Otto Klein, Studienrat, Richard Koban, Baumeister, Arthur Kochmann, Justizrat, Ehrenbürger, Dr. Konietzko, Arzt, Kieferstädtel, Kotalla, Rektor, Laband, Kotitschke, Landwirt, Amts- und Gemeindevorsteher, Schönwald, Krautwurst, Bäckerobermeister, Ernst Kreker, Vorschmied, MdL., Kropsch, Hauptlehrer und Amtsvorsteher, Rachowitz, Dr. Krukenberg, Direktor, Albert Kucharz, Stadtverordneten-Vorsteher, Krutz, Kreisvikar, Maria Labryga, Mittelschulrektorin, Lehnert, Gewerkschaftssekretär, Lengfeld, Rektor, Josef Leschnik Schneidermeister, Vinzent Liniany, Reichsbahnassistent, Otto Lütke Arbeitersekretär, Mantke, Direktor, MdL., Maruska Auguste, Büroangestellte, Mattner, Polizeioberleutnant, Josef Matyschik, Schlosser, Frau Maria Meier, Josef Morawietz, Wagenmeister, Leo Musiol, Gewerkschaftssekretär, Frau Maria Neumann, Nowak, Bezirksleiter, MdL., Dr. Ochs, Rabbiner, Paul Pander, Tischlermeister, Pauluschke, Innungsobermeister, Peiskretscham, Piestrzonek, Provinziallandtagsabgeordneter, Laband, Poganiuch, Pfarrer, Peiskretscham, Pollok, Landwirt und Kreisausschußmitglied, Ponischowitz, Puschmann, Oberregierungsrat, Rasch, Knappschaftsdirektor, Georg Rassek, Kaufmann, Renk, Güterdirektor i. R. und Kreisausschußmitglied, Langendorf, Rieger, Magistratsbaurat, Schega, Lehrerin, Bezirksjugendpflegerin, Tost, Dr. Schinke, Provinzialobermedizinalrat, Tost, Dr. Schmidt, Rechtsanwalt, Dr. Schmittdiel, Direktor, Schönfeld, Gewerkschaftssekretär, Schulze, Oberregierungsrat, Luise Sebesta, Krankenschwester, Seidel, Hauptlehrer, Bitschin, Friedrich Graf zu Stolberg-Stolberg, Kaminietz, Paula Gräfin zu Stolberg-Stolberg, Kaminietz, Sobek, Pfarrer, Soffner, Polizeioberst, Stoller, Direktor, Tschauder, Bürgermeister, Peiskretscham, Tondera, kaufm. Angestellter, Tuletz, Baumeister und Zigeleibesitzer, Laband, Dr. Ullmann, Arzt, Peiskretscham, A. Walewski, Rektor, Georg Weihrauch, Schmiedeobermeister, Johann Wierczoch, Oberzugführer, Willenberg, Gewerkschaftssekretär, Winkler, Erzpriester, Brzezinka, Winkler, Rektor, Schönwald, Karl Woitzik, Hilfswerkmeister, Zachlod, Pfarrer, Mitglied des Kreisausschusses, Tost, Zigahl, Oberamtmann, Jasten.

Streikführer schadenersatzpflichtig

Dresden, 6. April. In der Klagesache des Verbandes sächsischer Metallindustrieller gegen den Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Gau Sachsen, hat das Landesarbeitsgericht zugunsten der Arbeitgeberorganisation entschieden und den Geschäftsführer des Gaues Sachsen zur **Zahlung des zunächst eingeklagten Teilbetrages von 10 000 Mark verurteilt.** Es handelt sich um die von den Metallindustriellen **wegen des letzten Metallarbeiterstreiks erhobene Schadenersatzklage,** die bereits das Reichsarbeitsgericht beschäftigt hatte und von diesem an das Landesarbeitsgericht zurückverwiesen worden ist.

---

hielt einen Vortrag über die Verwertung der Nebenprodukte.

* **Kontrolle der Hausfassaden.** Alljährlich wird im Frühjahr vielfach festgestellt, daß Putz- und Zierteile von Gebäudefassaden abfallen, die Sicherheit des öffentlichen Straßenverkehrs gefährden und oftmals Unglücksfälle verursachen. Das Abfallen der Putz- und Zierteile wird größtenteils dadurch hervorgerufen, daß an Fassadenzierteilen, Gesimsen, Putzflächen und dergleichen sich im Laufe der Zeit durch Witterungseinflüsse leicht Risse und Fugen bilden. Bei Gesimsen kommt es auch vor, daß die Abdeckungen und Dachrinnen undicht geworden sind. Um Unglücksfälle und schwere Schäden zu vermeiden, empfiehlt es sich für jeden Hausbesitzer, im Frühjahr die Fassadenteile seines Hauses einer eingehenden Untersuchung zu unterziehen.

* **Ein Kind überfahren.** Auf der Chaussee Peiskretscham—Gleiwitz wurde ein 9jähriger Knabe von einem Personenkraftwagen zu Boden gerissen und erlitt eine schwere Kopfverletzung. Er wurde in das Krankenhaus Peiskretscham gebracht. Lebensgefahr besteht nicht.

Hindenburg

* **Quartalsversammlung der Bäckerzwangsinnung.** Obermeister Cichon teilte in der Quartalsversammlung mit, daß das Vorstandsmitglied Granel zum stellvertretenden Obermeister ernannt worden ist. Schriftführer Mitschke berichtete über die Maßnahmen bei der Lehrlingseinstellung und bemerkte, daß jetzt jeder Bäckerlehrling ein ärztliches Gesundheitszeugnis beizubringen hat. Obermeister Cichon erklärte, daß eine große Zahl Abiturienten sich für das Handwerk interessieren. Die Handwerkskammer habe sich mit dieser Tatsache eingehend befaßt. Die Bäckermeister seien mit der Einstellung von Abiturienten als Lehrlinge nur unter der Bedingung einverstanden, daß diesen keinerlei Bevorzugungen eingeräumt werden. Einen breiten Raum nahmen die Besprechungen über die Preisgestaltung ein. Der Mehlpreis ist gestiegen, und so können die Bäcker wohl kaum eine Brotverbilligung durchführen. Beim Regierungspräsidenten in Oppeln sollten Verhandlungen über die Brotpreisbildung stattfinden, die aber verschoben wurden. Zum Schluß teilte Vorstandsmitglied Heimann mit, daß trotz gleichbleibender Beitragshöhe eine Erhöhung des Sterbegeldes von 150 Mark auf 200 Mark vorgenommen wurde.

* **Frauengesundheit ist Volksgesundheit.** In einer Veranstaltung des Vaterländischen Frauenvereins vom Roten Kreuz sprach in der Aula der Mittelschule Frau Professor Fritsch über die Wichtigkeit der Frauengesundheit für das Fortbestehen von Familie und Nation.

* **Gewerkschaftsbund der Angestellten.** Die Gruppe Techniker des GdA. besichtigte das Telegraphenamt Gleiwitz. Unter Führung eines Oberwerkmeisters wurden der Wählersaal, das Schnellverkehrs- und das Fernamt gezeigt.

* **Bettler schwer verletzt aufgefunden.** Am Dienstag abend wurde in einem Hausflur auf der Kronprinzenstraße ein Bettler besinnungslos und mit Kopfverletzungen aufgefunden. Nach Aussage von Zeugen soll der Bettler eine Treppe heruntergestürzt sein. Er wurde in der Arbeitersamariterwache verbunden.

* **Vom Stadttheater.** Freitag, 20 Uhr, findet die letzte Aufführung der Operette „Geisha" statt.

Ratibor

* **Oberschlesische Bank.** Die ordentliche Vertreterversammlung der Oberschlesischen Bank findet Sonnabend, 20 Uhr, im großen Saale des Deutschen Hauses statt.

* **Stadttheater.** Donnerstag, 20 Uhr, wird als letzte Abendvorstellung „Der Hauptmann von Köpenick" wiederholt. Sonnabend wird zum letzten Male der Schwank „Der 13. April" aufgeführt. Sonntag, 20 Uhr, wird „Faust" wiederholt.

Cosel

* **Generalversammlung der Milchverwertung.** Den Auftakt der Generalversammlung bildete die Begrüßungsansprache des Vorsitzenden, Landwirts Malerczyk, Wiegschütz, der besonders die Vertreter der Landwirtschaftskammer, Dr. Köpler, Oppeln, Dr. Brebek, Cosel, Molkereidirektor Reisig, Gnadenfeld, und Landwirtschaftsschuldirektor Heidrich, Gnadenfeld, begrüßte. Landwirt Smykalla, Reinschdorf, wurde als Vorsitzender des Aufsichtsrats, Landwirt Morawietz, Reinschdorf, als Stellvertreter und für die Gemeinde Nesselwitz Landwirt Strziga gewählt. Der Ausbau und die Finanzierung einer neuen Molkerei wurden durchberaten. Von der Osthilfe sind dem Unternehmen 8 000 Mk. zur Verfügung gestellt worden, so daß die Finanzierung gesichert ist. Der Vorstand wurde ermächtigt, einen Betrag zur Anschaffung von Maschinen und zur Ausführung des Baues zu beschaffen.

* **Auflösung einer nationalsozialistischen Versammlung.** Eine nationalsozialistische Versammlung wurde in Alt-Cosel, wegen Beschimpfung der Regierung durch den Redner, aufgelöst. Da die Versammlungsteilnehmer der Aufforderung, den Saal zu räumen, nicht Folge leisteten, wurde das Ueberfallabwehrkommando alarmiert, das die Versammlung gewaltsam auflöste.

* **Schlesischer Sudetengebirgsverein.** In der außerordentlichen Frühjahrsvollversammlung ist folgender Vorstand gewählt worden: 1. Obmann Bürodirektor Kittel, Stellvertreter Kreisschulrat i. R. Kupka, Schriftführer Lehrer Kasperidus, Kassenwart Gestütsrendant Werner, Obmann der Skiabteilung Ingenieur Schuman, Wanderwart und Saalmeister Krause, Beisitzer Steuerinspektor Seeber, Ingenieur Schuman, Fräulein Margreth Fuhrmann und Kaufmann Ploß.

Leobschütz

* **Schwimm-Verein „Silesia".** Die Generalversammlung wurde vom Vorsitzenden Dr. Neumann eröffnet. Die Neuwahlen ergaben einstimmige Wiederwahl des Vorstandes.

Neustadt

* **Feindliche Schwagersleute.** Bis vor wenige Tage wohnten der Arbeiter Konieczny und sein Schwager Bielotta, der jetzt im Oppelner Kreise ein Gasthaus erworben hat, in Dobrau unter einem Dache. Infolge Erbschaftsstreitigkeiten herrschte aber unter den beiden Schwagern schon seit längerer Zeit ein gespanntes Verhältnis. Als nun Bielotta Vorbereitungen zu seinem Umzug traf, kam es zu der seit langem bereits zu erwartenden Entladung. Konieczny trat seinem Schwager mit der Pistole entgegen und feuerte auf ihn einen Schuß ab, der Bielotta am Unterarm verletzte.

Groß Strehlitz

* **Verband der Kommunalbeamten und -angestellten.** Die Ortsgruppe der Kommunalbeamten und -angestellten hielt ihre Generalversammlung ab. Nach dem Jahres- und Kassenbericht folgte die Neuwahl des Vorstandes, die folgendes Ergebnis hatte: 1. Vorsitzender Stadtinspektor Grunwald, Stellvertreter und zugleich Schriftführer Stadtobersekretär Marondel, Kassierer Kassenobersekretär Panek. In Anerkennung der verdienstvollen Tätigkeit des bisherigen Vorsitzenden, Kassenoberinspektors Wustmann, beschloß die Versammlung, ihn zum Ehrenvorsitzenden zu ernennen. Im Anschluß an die Sitzung wurden Beamtenfragen, besonders die Neuwahl des Beamtenausschusses besprochen.

Rosenberg

* **Gehilfenprüfung.** Die Gesellenprüfung im Bäckerhandwerk bestanden die Lehrlinge Ochmann und Magiera.

* **Deutsche Oberschule.** Anläßlich der Eröffnung des neuen Schuljahres findet am Donnerstag, morgens 8 Uhr, in den Kirchen beider christlicher Konfessionen ein feierlicher Schulgottesdienst für die Schüler der Staatlichen Aufbauschule und des Reform-Realgymnasiums statt. Der Unterricht beginnt erst um 9 Uhr.

Kreuzburg

* **Gehilfenprüfung im Friseurgewerbe.** Im Bahnhofshotel fand die Gehilfenprüfung im Friseurgewerbe statt. Es bestanden: Kassek, Klaubert, Biehweg, Posspiech aus Kreuzburg, Dalibor, Konstadt, Schiemek, Rosenberg, Zok, Schierokau, Fräulein Galla und Joschko aus Kreuzburg. Obermeister Pitschke und der Kammerbeauftragte Schuster beglückwünschten die Prüflinge.

Pitschen

* **Politischer Zusammenstoß.** Unmittelbar nach Ablauf des sogenannten Burgfriedens veranstaltete die „Eiserne Front" auf dem Ringe eine öffentliche Kundgebung für Hindenburg. Dazu hatte sich eine größere Anzahl auswärtiger Gesinnungsgenossen eingefunden. Es sprachen verschiedene Redner, die wiederholt durch Zwischenrufe in ihren Ausführungen unterbrochen wurden. Nach der Kundgebung kam es wiederholt zu Anrempeleien. Die Polizei mußte mehrfach mit dem Gummiknüppel einschreiten.

Oppeln

* **Neuer Stadtsyndikus.** In der letzten Magistratssitzung wurde für den verstorbenen Syndikus Dr. Wieczorek als neuer Syndikus Gerichtsassessor Dr. May gewählt.

* **Personalnachrichten.** Oberstudiendirektor Patschowsky vom Staatlichen Gymnasium wurde als Nachfolger für Oberschulrat Dr. Grabowski in das Provinzialschulkollegium berufen. — Mit dem 1. April ist Oberstudiendirektor Dr. Kleiner vom Provinzialschulkollegium nach Reichenbach versetzt worden. An seine Stelle ist in das Provinzialschulkollegium Professor Dr. Richter von der Pädagogischen Akademie in Kassel berufen worden.

* **Generalversammlung der Garde.** Unter Vorsitz von Bankdirektor Krause hielt der Gardeverein seine Generalversammlung ab, die mit einer Goethe-Gedächtnis-Stunde von Rektor Langer eingeleitet wurde. Nach den Berichten fand die Neuwahl des Vorstandes statt, in der der Vorstand mit Bankdirektor Krause als Vorsitzendem wiedergewählt wurde.

* **Abstimmungsgedenkfeier der Heimattreuen Verbände.** In dem festlich geschmückten Saal der

---

Wettervoraussage für Donnerstag: Im Süden und Osten ziemlich heiter. Im übrigen Reich noch vielfach wolkig und namentlich im Nordwesten etwas Regen. Allgemein wieder etwas wärmer.

Das Kathol. Bürgerkasino Beuthen im Wahlkampf

(Eigener Bericht)

Beuthen, 6. April.

Die Mitgliederversammlung des Kath. Bürgerkasinos am Mittwoch abend eröffnete der Präses, Prälat Schwierk, mit Begrüßungsworten und ehrte das Andenken des verstorbenen Kaufmanns Kaller. Landtagsabgeordneter Zawadzki hielt einen Vortrag über das Thema: **„Wo steht das Kath. Bürgerkasino im Wahlkampf?“** Er blickte zurück auf die 60jährige Geschichte des Bürgerkasinos, das in der stürmischen Zeit des Kulturkampfes gegründet wurde. Der Redner schilderte dann das frühere Drei-Klassen-Wahlsystem bei den Kommunalwahlen. Das Bestreben des Kasinos war es, die dritte Abteilung zu erobern. Die Mitglieder des Kasinos genossen eine gute politische Schulung, die auch bei den großen Wahlen zur Geltung kam. **Es erzog seine Mitglieder in christlichem, nationalem und sozialem Sinne.** Die Mitglieder wollen national arbeiten und national sein. Darunter sei zu verstehen, daß man zum Wohle des Volksganzen arbeite.

Die soziale Auffassung der Partei sei schon im Jahre 1877 durch Einbringung eines Arbeiterschutzgesetz bestätigt worden. Wäre die Arbeiterschutzgesetzgebung nach dem Willen der Zentrumspartei durchgeführt worden, so stünde es besser um die Wirtschaft, um Arbeitgeber und Arbeitnehmer. In den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts setzte ein märchenhafter wirtschaftlicher Aufschwung ein. Dies führte zum Zusammenschluß großer Wirtschaftsmächte. Darin liege aber auch die tiefste Ursache zum Weltkriege. Ueber den Zusammenbruch nach dem Kriege werde gerade im Wahlkampf viel geredet. Es sei anzuerkennen, daß die Katholische Kirche unangetastet blieb. Der Redner ging dann auf die Arbeit der Nationalversammlung, die Schaffung der Reichsverfassung und den Friedensschluß ein. **Der aufgezwungene Friede sei eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.** Es sei unverantwortlich, die Folgen des Krieges als seine Ursachen anzusprechen. Die Möglichkeiten, die sich aus dem Chaos in Europa ergeben können, seien ernster Natur.

Nach dieser Vorstellung des politischen Geschehens der Gegenwart ging der Redner auf die Reichspräsidentenwahl ein. Der Reichspräsident sei nur Repräsentant. von Hindenburg sei ein gläubiger Christ und löse seine Aufgabe in christlichem Sinne. Während der siebenjährigen Amtsperiode habe er sich auch als ein Staatsmann gezeigt. Es sei nicht wahr, wenn gesagt werde, er sei nur eine Marionette. Er greife oft ein, um die Gesetze in seinem Sinne zu ordnen. Auch seine körperliche Rüstigkeit rechtfertige die Annahme, daß er eine neue Amtsperiode gut überstehen wird. Der Redner zeichnete Hindenburg als Menschen und Feldherrn und würdigte seine Verdienste und Pflichttreue. Demgegenüber zeichnete er Hitler als einen Mann, der durch Spiegelfechterei eine reine Parteiherrschaft aufrichten wolle. Seine Partei sei das Sammelbecken der Unzufriedenen. Allen bürgerlichen Parteien erwachse die Aufgabe, die Jugend zu gewinnen. Prälat Schwierk richtete die ernste Mahnung, auch die Säumigen zur Wahlurne für Hindenburg zu führen.

Jahresarbeit der Sanitätskolonne Gleiwitz I

(Eigener Bericht)

Gleiwitz, 6. April.

Unter Vorsitz von Dr. Haase hielt die Sanitätskolonne Gleiwitz I ihre Hauptversammlung ab. Dr. Haase begrüßte die Erschienenen und gedachte der im letzten Jahr verstorbenen Mitglieder der Kolonne, des Konrektors Klausewitz, Desinfektors Stütze, Kaufmanns Chlebik und des Chefarztes Dr. Patrzek. Aus dem von Schriftführer Schewiolla erstatteten Jahresbericht ging hervor, daß die Kolonne trotz der Wirtschaftskrise und der allgemeinen Notlage große Leistungen vollbringen konnte. Die Kolonne begeht in diesem Jahre ihr 40. Stiftungsfest. Von den Gründern leben noch Sanitätsrat Dr. Wiener und Desinfektor Krebs, die trotz ihres hohen Alters Vorbild von treuer Pflichterfüllung und Kameradschaft seien. Die von der Kolonne geleistete Arbeit wurde zum Jahreswechsel von Landeshauptmann Woschek anerkannt. Beim Wohlfahrtsamt wurde erreicht, daß die arbeitslosen Sanitäter von der Pflichtarbeit befreit werden. Den Bemühungen der 1. Vorsitzenden der Helferinnenabteilung, Frau Dr. Haase, gelang es zu erreichen, daß täglich drei arbeitslose Sanitäter in der Sanitätswache durch die Ortsstelle der Winterhilfe gespeist werden. Der jährliche Mitgliedsbeitrag wurde unter dem Zwang der Verhältnisse von 8,— Mk. auf 6,— Mk. ermäßigt. Die Kolonne veranstaltete im vergangenen Jahr ein Weihnachtsfest für die Kinder der Mitglieder und Helferinnen und ein Faschingsvergnügen zugunsten der Winterhilfe. Am 7. August wird die Kolonne ihr 40jähriges Bestehen zugleich mit der Kolonne II, Stadtteil Petersdorf, feiern. In Anbetracht der Zeitlage wird das Fest allerdings in der Hauptsache in einer großen Uebung bestehen. Für die im April stattfindende Führerprüfung wurden die Mitglieder Pawlik, Hartwig und Weiner angemeldet. Im vergangenen Jahre wurde reiche Arbeit in den Mitgliederversammlungen geleistet, in denen auch medizinische Vorträge gehalten wurden. An Ausbildungskursen, die der erste Kolonnenarzt, Dr. Frank I, leitete, nahmen 20 Helferinnen und 49 Kolonnenmitglieder teil. Weiterhin wurden technische und praktische Uebungen veranstaltet, Sicherheitswachen bei Vereinen, in der Kirche, im Theater, im Kino, auf Sportplätzen und bei Volksfesten sowie bei der Zeppelinlandung gestellt. Das Alarmwesen wurde neu organisiert und in einem Probealarm geprüft.

Im einzelnen berichteten dann Kolonnenführer Pawlik über die Uebungsstunden, Zugführer Rack über das Inventar, Jugendführer Stein über die Arbeiten und Veranstaltungen der Jugendgruppe, Frau Dr. Haase über die Helferinnenabteilung und Kassierer Kulka über die Kassenverhältnisse der Kolonne. **Aus den Berichten war zu ersehen, daß die Sanitätswache am Wilhelmsplatz im letzten Jahre in 1069 Fällen erste Hilfe geleistet hat.** In 119 Fällen mußten Aerzte hinzugezogen werden. Außerhalb der Sanitätswache wurde in 916 leichten und 42 schweren Fällen Hilfe geleistet. Außerdem wurden 244 Krankentransporte durchgeführt.

Die Vorstandswahl erstreckte sich nur auf die Zuwahl von Beisitzern und auf die Wahl von Schriftführer Schiwolla an Stelle des verstorbenen Konrektors Klausewitz. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden dann Einzelfragen des Sanitätsdienstes erörtert.

Erholung veranstalteten die vereinigten Verbände der Heimattreuen Oberschlesier, der Rybniker Bund und die Heimatliebenden Hultschiner gemeinsam eine Abstimmungsfeier, zu der auch der Landesgruppenvorsitzende Walden, Beuthen, erschienen war. Der Vorsitzende der Oppelner Gruppe, Kaufmann Wosnitza, begrüßte die Erschienenen. In der Gedenkrede, die Dipl.-Handelslehrer Walden, Beuthen, hielt, würdigte er den denkwürdigen Tag der Abstimmung vor 11 Jahren. Die Feier wurde durch Gedichtvorträge, Chöre, ein lebendes Bild und allgemeine Gesänge umrahmt.

Der Ueberfall auf die Krankenschwester in Cosel-Hafen aufgeklärt

Cosel, 6. April.

Die sofort von Oberlandjägermeister Tilgner, Cosel-Hafen, eingesetzten Ermittlungen haben zu der Feststellung des Burschen geführt, der, wie berichtet, eine Krankenschwester, nachdem sie ihm erste Hilfe geleistet hatte, überfiel. Der Täter war auf das Herbeieilen des Portiers geflüchtet. Der Hausmeister hatte ihm einen Schuß nachgesandt, der ihn am Oberschenkel verwundete. Der Täter flüchtete in den Garten von Direktor Greulich, wurde aber dort gestört, stieg über den Zaun, wobei ein Teil des Verbandes von der linken Hand abgerissen wurde. Der Landjägerobermeister Tilgner verfolgte die Blutspur und stellte in Cosel-Hafen Nachforschungen an. Alle Schleusen wurden sofort telephonisch benachrichtigt, da man annahm, daß der Täter auf Schiff beschäftigt sei.

Am Nachmittag wurde ermittelt, daß der Täter in den Morgenstunden mit dem Dampfer „Siegfried“ in Richtung Breslau abgefahren war. Am Nachmittag holte Tilgner den Dampfer in Brieg ein. Als Tilgner den Dampfer betrat, sagte ihm der Schiffsführer, daß sich der Täter, Bootsmann Paul Klose aus Breslau, früh gegen 5 Uhr kurz vor Abfahrt des Dampfers an Bord eingefunden habe und ihm mitteilte, er sei unterwegs überfallen worden. In Oppeln hatte Klose den Dampfer verlassen, um sich mit der Bahn nach Breslau ins Krankenhaus zu begeben. Die Festnahme des Täters dürfte inzwischen in Breslau erfolgt sein.

Eingesandt

NSDAP. und das Beuthener Stadion

Dem Verfasser des Eingesandts „185 000 oberschlesische Wähler“ in der Mittwoch-Ausgabe der „Ostdeutschen Morgenpost“ kann nur beigestimmt werden. Das Stadion ist in erster Linie nicht für eine gewisse Partei, sondern für die gesamte Bürgerschaft errichtet worden, die aus einem großen Prozentsatz aus Angehörigen der NSDAP. besteht, und ist für jede nationale Veranstaltung zur Verfügung zu stellen. Es wäre vom Beuthener Magistrat unverantwortlich, sich eine Einnahmequelle zu verschließen. Wenn der Magistrat aber glaubt, auf 5 000 Mark verzichten zu können, dann muß von ihm auch die Beseitigung der Bürgersteuer und sonstigen Steuern verlangt werden.

Zu den Hauptaufgaben des Magistrats gehört die Förderung des Fremdenverkehrs im Interesse der Beuthener steuerzahlenden Geschäftswelt. Glauben die Gegner der NSDAP. wirklich, durch Unterbindung eines Besuchs Adolf Hitlers dieser Volksbewegung Einhalt zu gebieten? Der Erfolg bleibt nicht versagt, und Beuthen hat den Ausfall. Auf keinen Fall aber hat der Magistrat das Recht, sich nach den Wünschen einer Partei zu richten. Es dauert vielleicht nicht mehr lange, und man heißt die wie die Pest bekämpften SA.-Mannen herzlichst willkommen. Das tapfere, aufopfernde Verhalten der Selbstschutzkämpfer dürfte noch jedem Beuthener in Erinnerung sein. Wie man es ihnen gedankt hat, wissen wir auch. Die Organisation wurde von bestimmten Kreisen bekämpft, verspottet und verächtlich gemacht. Will sich der Magistrat in diese Front einreihen? Gebt das Stadion frei, es gibt kein Recht es Adolf Hitler zu verweigern.

Ein Beuthener Bürger.

Sportnachrichten

Mierzwa schlug den tschechischen Schwergewichtler Kantor

Im Hotel „Graf Reden“ Königshütte fanden am letzten Montag Berufsboxkämpfe statt, die ein gut besuchtes Haus hatten. Gespannt war man auf den Verlauf des Kampfes Mierzwa — Kantor. Mierzwa wog nur 141 Pfund, der **Schwergewichtler** Kantor (Teschen) dagegen 160 Pfund. Der Teschener stand trotzdem auf verlorenem Posten und hatte gegen den taktisch gut kämpfenden Hindenburger nichts zu bestellen. Mierzwa errang einen hohen Punktsieg. Auch Winkler, Hindenburg, zeigte im 6-Runden-Kampf des **Mittelgewichts** gegen Wochnik (Bismarckhütte) bessere Ringerfahrung und war klar überlegen. Um so verwunderlicher war die Fehlentscheidung. Nörtemann (Berlin) war ebenso benachteiligt. Weniger schön war das Treffen im **Halbschwergewicht** zwischen Siepniewski (Posen) und Nieosobski (Königshütte). Von dem Posener hatte man — zumal er in Amerika und England erfolgreich kämpfte — viel mehr erwartet. Er wurde k. o. geschlagen.

Slavia Ruda — Box-Club Mikultschütz 12 : 4

Vier Knock outs

Gegen die kampferprobten Rudaer hatten die (sich tapfer schlagenden) Mikultschützer nicht viel zu bestellen. Man sah ganz nette Kämpfe, doch lag von vornherein die Ueberlegenheit bei den Ostoberschlesiern. Im **Fliegengewicht** schlug Golomb (Ruda) Täuber (Mikultschütz) schon in der ersten Runde k. o. Im **Bantamgewicht** holte Lempa (Ruda) über Sterzig (Mikultschütz) einen überlegenen Punktsieg heraus. Im **Federgewicht** unterlag Loch (Ruda) gegen Rduch (Mikultschütz) nach Punkten. Im **Leichtgewicht** schlug Brabanski (Ruda) Mlynek (Beuthen) bereits in der ersten Runde k. o. Im **Weltergewicht** siegte Bialas (Ruda) gegen Krietek (Mikultschütz) knapp nach Punkten. Im **Mittelgewicht** steckte Schneider (Mikultschütz) gegen Flaschinski (Ruda) in der zweiten Runde ein k. o. ein. Im **Halbschwergewicht** verlor Adamietz I gegen Bartlik nach Punkten. Im **Schwergewicht** siegte Adamietz II (Ruda) über Krämer (Mikultschütz) durch technischen k. o.

Weltrekord im Gewichtheben

Bei einer Schwerathletikveranstaltung in Kairo gelang es dem Aegypter Antwar Hamed, im beidarmigen Stoßen 137 Kilogramm zur Hochstrecke zu bringen und damit einen neuen Weltrekord der Leichtgewichtsklasse aufzustellen. Bisheriger Rekordinhaber war der Wiener Haas mit 135 Kilogramm.

Gautag der Fußballer von Hindenburg

Die Geschäftsberichte wurden genehmigt. **Der Gau umfaßt 12 Vereine mit 2681 Mitgliedern.** Zwei Repräsentativkämpfe wurden genehmigt. Der Antrag auf Einführung einer Unfallversicherung wurde abgelehnt. Der Gau soll beim Verbandstag dahin wirken, daß der DFB. eine Unfallversicherung schafft. Der Antrag auf Einteilung in eine **C- und D-Klasse** fand Annahme, ebenso der Antrag, die A-, 2A-, 2B- und Schüler-Jugend keine Verbandsspiele mehr austragen zu lassen. Lehrer Michatsch wurde einstimmig wieder zum Gauvorsitzenden gewählt. Gaumeister der verschiedenen Klassen wurden: C-Klasse: Preußen Zaborze, 2. Senioren: Preußen Zaborze, 1A-Jugend: Deichsel, 2A-Jugend: Zaborze, 1B-Jugend: Deichsel, Knaben: Zaborze. Gaupokalmeister: Preußen Zaborze A. Zweiter Vorsitzender wurde Kirsch, Mikultschütz; 1. Schriftführer Schaffert (Frisch Frei); 2. Schriftführer Bonk (SV. Fleischer); Kassierer Gnida (Delbrück). Den Spielausschuß bilden: Stoschek (Spielvereinigung); Miechallik (Frisch Frei); Kanser (VfB.); Hilla (Borsigwerk); den Schiedsrichterausschuß: Kwasniok (Frisch Frei); Hanussek (Deichsel); Mainka (Zaborze); den Jugendausschuß: Krexa (Schultheiß); F. Floegel (Frisch Frei); Koßmann (Deichsel).

SV. Dombrowa — Vorwärts-Rasensport Reserve 2 : 1

Die Mannschaften waren sich ziemlich gleichwertig. Erst in der zweiten Halbzeit entschied Dombrowa das Spiel für sich. Kurz vor Schluß hatte Gleiwitz durch einen Strafstoß eine Ausgleichsmöglichkeit, vergab sie aber.

Handelsnachrichten

Absatzschwierigkeiten wegen Baumarkt-Stockung

Generalversammlung der Ohlauer Hafenbahn und Lagerei

Die Ohlauer Hafenbahn und Lagerei AG. in Ohlau hielt am 5. d. M. unter Leitung ihres Aufsichtsratsvorsitzenden, Direktors Dr. Werner aus Beuthen, die ordentliche Generalversammlung ab. In dem Ergebnis des Geschäftsjahres 19331 spiegelt sich insbesondere die schlechte Lage des Baumarktes, der für die Gesellschaft als Produzentin von Kalksandsteinen wesentlich ist, wider. Der Absatz von Kalksandsteinen betrug nur 4,3 Millionen Stück gegenüber 5,2 Millionen Stück in 1930 und rund 13 Millionen Stück in 1928. Infolge ihrer dauernd vervollkommneten Lagerei- und Umschlagseinrichtungen, die heute mit jedem gleichartigen Unternehmen in Deutschland konkurrieren können, konnte die Gesellschaft jedoch das Lagerei- und Umschlagsgeschäft ungefähr auf der Höhe des Vorjahres halten, zum Teil sogar noch etwas steigern. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung wurden einstimmig genehmigt, und es wurde beschlossen, den mit 2448 Mark ausgewiesenen Verlust auf neue Rechnung vorzutragen. Durch einstimmige Beschlüsse wurden ferner die auf Grund der Notverordnung vom 19. 9. 31 außer Kraft gesetzten Satzungsbestimmungen wieder hergestellt und der Aufsichtsrat in der bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt.

Metalle

Berlin, 6. April. Kupfer 47,25 B., 47 G., Blei 16,50 B., 15,50 G., Zink 17 B., 16,75 G.

Berlin, 6. April. Elektrolytkupfer (wirebars), prompt, cif Hamburg, Bremen oder Rotterdam: Preis für 100 kg in Mark: $56\frac{1}{4}$.

London, 6. April. Kupfer, Tendenz willig, Standard per Kasse $30\frac{1}{8}$—$30\frac{1}{4}$, per 3 Monate 30—$30\frac{1}{8}$, Settl. Preis $30\frac{1}{4}$. Elektrolyt $34\frac{1}{4}$—$34\frac{3}{4}$, best selected $32\frac{1}{2}$—$33\frac{3}{4}$, Elektrowirebars $34\frac{3}{4}$. Zinn, Tendenz stetig. Standard per Kasse $108\frac{1}{2}$—$108\frac{5}{8}$, per 3 Monate $110\frac{5}{8}$—$110\frac{3}{4}$, Settl. Preis $108\frac{1}{2}$, Banka $117\frac{1}{2}$, Straits $112\frac{1}{2}$, Blei, Tendenz willig, ausländ. prompt $10\frac{13}{16}$, entf. Sichten $11\frac{1}{8}$, Settl. Preis $10\frac{7}{8}$, Zink, Tendenz willig, gewöhnl. prompt $10\frac{9}{16}$, entf. Sichten $10\frac{15}{16}$, Settl. Preis $10\frac{5}{8}$, Silber (Pence per Ounce) 17, Lieferung $17\frac{1}{16}$.

Breslauer Börse

Sehr still

Breslau, 6. April. An der Börse war das Geschäft besonders still. Das Kursniveau war wenig verändert. 8prozentige Goldpfandbriefe liegen weiter fest und zogen an. Auch Liquidations-Landschaftliche Pfandbriefe behauptet. 8prozentige Bodenpfandbriefe gegen gestern gut behauptet. Breslauer Stadtanleihen ließen im Kurse leicht nach. Niederschlesische Provinzanleihen von 1926 und 1928 waren zum gestrigen Kurse im Verkehr. Roggenpfandbriefe zeitweise etwas fester. Altbesitz-Anleihe angeboten. Am Aktienmarkt war kein Geschäft.

Warschauer Börse

Bank Polski	**85,50—85,00—84,75**
Lilpop	**15,00—15,25**

Dollar 8,90, Dollar privat 8,90, New York 8,909, New York Kabel 8,914, Belgien 124,85, Danzig 174,35, Holland 361,00, London 33,75, Paris 35,17, Schweiz 173,20, Italien 46,15, deutsche Mark privat 211,90, Pos. Investitionsnleihe 4% 89,75—90,25, Dollaranleihe 6% 60,25, 4% 49,50, Bodenkredite 4½% 41,25. Tendenz in Devisen uneinheitlich.

Zahlungseinstellung bei Gerson

Das im Jahre 1836 gegründete weltbekannte Mode- und Einrichtungshaus Hermann Gerson, Berlin, hat seine Zahlungen eingestellt. Die Firma Hermann Gerson, die auf ein fast hundertjähriges Bestehen zurückblicken kann, hatte an dem wirtschaftlichen Emporblühen der Reichshauptstadt erheblichen Anteil. Vor dem Kriege belieferte das Haus den Hof und alle jene Kreise, die sich zur ersten Gesellschaft rechneten. Die Gründe für die Zahlungseinstellung sind verschiedener Natur: Einmal besaß die Firma ausgedehnten Grundbesitz, der früher als ein Aktivum besonderer Art gewertet werden konnte, heute aber gerade dem Hause zum Verhängnis wurde. Die Grundstücke in der Berliner City verloren Jahr für Jahr an Wert, während die hypothekarische Belastung und die damit verbundenen Zinsaufwendungen an dem Fundus des Unternehmens ohne Unterbrechung zehrten. Die Passiven betragen 8 Millionen RM., davon entfallen 4 Millionen RM. auf Waren und Bankschulden, der Rest auf Hypotheken-Verpflichtungen.

6 oder 8 Prozent bei I. G. Farben

Bisher nahm man an, daß die IG. Farben-Industrie für das Geschäftsjahr 1931 eine Dividende von mindestens 6 Prozent zur Ausschüttung bringen werde. Neuerdings verlautet, daß einige Großaktionäre die Verteilung einer Dividende von 8 Prozent betreiben. Ob diese Wünsche in Erfüllung gehen, steht dahin; denn der Vorstand scheint sich bei seinen Vorschlägen in der Hauptsache von der Liquiditätsfrage leiten lassen zu wollen.

Bremer Baumwollkurse. Nordamerikanische Baumwolle, loko 7,46. Termin-Schlußnotierungen. Tendenz stetig. Mai 7,27 B., 7,24 G., Juni 7,36 B., 7,33 G., Oktober 7,46 B., 7,44 G., Dez. 7,55 B., 7,53 G., Januar 1933: 7,58 B., 7,56 G., März 7,69 B., 7,66 G.

Magdeburger Zuckernotierungen

Magdeburg, 6. April. April 5,40 B., 5,05 G., Mai 5,45 B., 5,15 G., Juni 5,45 B., 5,20 G., Juli 5,55 B., 5,30 G., August 5,75 B., 5,50 G., Oktober 6,00 B., 5,75 G., Nov. 6,15 B., 5,95 G., Dez. 6,45 B., 6,25 G.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Fritz Seifter, Bielsko;
Druck: Kirsch & Müller, Sp. ogr. odp., Beuthen O.-S.

Aus der Wahlbewegung

Brünings Wahlfeldzug

Reichskanzler Dr. Brüning hat seinen Werbefeldzug für die Hindenburgwahl fortgesetzt und am Dienstag in Stuttgart, am Mittwoch in Erfurt und Weimar gesprochen. In Stuttgart erklärte Brüning, daß die Nationalsozialisten jetzt hauptsächlich auf dem Lande noch Fortschritte machten, obwohl die Reichsregierung in den vergangenen zwei Jahren den Weizenzoll verdoppelt habe, um die Landwirtschaft zu retten. Die Landwirtschaft müsse aber auch Verständnis für die Notlage der städtischen Bevölkerung haben, deren Konsumkraft gesunken sei. In der Außenpolitik müsse der Kurs der letzten zwei Jahre unter allen Umständen durchgehalten werden. Aller Erfolg hänge von dem Kredit des Reiches und dem Vertrauen des In- und Auslandes in die stabile Währung ab. Die Ursachen der deutschen Not seien nicht im November 1918 entstanden, sondern reichten weit in die Vorkriegszeit zurück. Hindenburg sei der Mann, unter dessen Fahne sich die Menschen in Deutschland wieder zusammenfinden können. Er sehe die Menschen und die Dinge viel klarer und einfacher als die meisten Menschen im öffentlichen Leben. Wenn ein Volk eine Persönlichkeit hat von so überragender welthistorischer Bedeutung, dann müßte es gar nichts anderes geben, als daß sich eine überwältigende Mehrheit auf seine Seite stellt.

Die Wahl des Reichspräsidenten wird gewissen Ländern zeigen, das alles Gerede, als ob das deutsche Volk jeden Tag irgendeiner anderen extremen Richtung erliegen könne, unsinnig ist, daß man uns ruhig vertrauen kann, daß wir unsere Geschicke selbst regeln können.

In der Erfurter Versammlung wies Brüning darauf hin, daß die Reichsregierung kein Interesse an neuen Gehaltskürzungen oder an einem Abbau der sozialen Leistungen habe, und daß sie alles daran setzen werde, **die Politik so zu leiten, daß neue schwere Opfer möglichst vermieden werden.** Wir haben wiederholt die Erklärung abgegeben, daß wir nicht daran denken, neue Maßnahmen im Sinne einer allgemeinen Deflationspolitik zu ergreifen, weil wir der Ansicht sind, daß die Kaufkraft der breiten Masse der Konsumenten schon zu sehr geschwächt worden ist, und daß diese Schwächung dazu führt, daß beispielsweise **trotz aufs höchste gesteigerter Lebensmittelzölle keine Preise erzielt werden können,** wie sie der Landwirt wünscht, und daß es nur möglich gewesen ist, die Getreidepreise durch Maßnahmen der Zollpolitik so hoch zu halten, daß die deutsche Landwirtschaft nicht zerbricht. Ich halte meine Behauptung aufrecht: Wenn die Nationalsozialistische Partei auch nur 5 Prozent ihrer Versprechungen wahr machen wollte, dann wackelte das Gebäude der deutschen Mark innerhalb 14 Tagen und die Mark würde überhaupt in das Bodenlose hinuntersinken.

Die nächsten Monate werden schwerste Nervenproben in den Verhandlungen über die Außenpolitik bringen. Man muß damit rechnen, daß sich politische Dinge ereignen werden, die vorübergehend einen sachlichen oder seelischen Rückschlag bringen könnten; vorübergehend dann, wenn das deutsche Volk die Kraft hat, in einem Jahre, das nach menschlichem Ermessen für Generationen entscheidend sein wird, sich zur Einigung aufzuraffen.

Der Kanzler ging dann zu den **Verhandlungen mit Hitler und Hugenberg** über und erklärte, daß beide die Chance verpaßt hätten, die ihnen bei dieser Wahl geboten worden sei. Hitler habe sich **in den Schlingen eines Mannes gefangen, der ihm zumindest an politischer Raffiniertheit und Taktik weit überlegen sei.**

Der Reichskanzler appellierte vor allem an die Frauen, zur Wahl Hindenburgs beizutragen, denn Hindenburg sei das Symbol einer Erziehung der Jugend zur Disziplin und zur Ehrfurcht.

Hindenburg-Aufruf des Zentrums

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 6. April. Die Deutsche Zentrumspartei verbreitet einen Aufruf zur Hindenburgwahl, in dem es u. a. heißt:

„Am 10. April wird der Sieg Hindenburgs vollendet! Die Gefahr des Augenblicks ist die Saumseligkeit bei denjenigen, die im ersten Wahlgang ihre Pflicht getan. Die Erreichung des Wahlzieles erfordert, daß niemand aussetzt, niemand zurückbleibt.

Hindenburg ist der Treuhänder des deutschen Volkes und die Bürgschaft für eine ruhige Entwickelung zum Aufstieg. Darum darf keine einzige Stimme am 10. April fehlen. Es gilt neue Stimmen zu werben in den Städten und Dörfern. Hindenburg muß siegen, weil Deutschland leben will."

Wahl-Ente

(Drahtmeldung uns. Berliner Redaktion)

Berlin, 6. April. Im Wahlkampf ist das Gerücht aufgetaucht, daß die Reichsregierung eine neue Notverordnung zum Abbau der Beamtengehälter plane, und daß eine solche Notverordnung am 25. April zu erwarten sei. Von zuständiger Stelle wird erklärt, daß alle diese Behauptungen der tatsächlichen Grundlage entbehrten und auf freier Erfindung beruhen. Es seien überhaupt keine Vorarbeiten für eine weitere Notverordnung im Gange.

10 000 wollen gewählt sein

Bei den kommenden Landtagswahlen werben 10 000 **Kandidaten um die Gunst des Volkes;** davon entfallen 7 000 allein auf Preußen. Sie verteilen sich auf Wahlvorschläge für den Landtag und für Kreistage. Die übrigen 3 000 stellen sich in Bayern, Württemberg, Anhalt und Hamburg zum Kampf.

Oldenburg-Januschaus Eintreten für Hindenburg

(Telegraphische Meldung.)

Berlin, 6. April. Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Kammerherr von Oldenburg-Januschau gibt seine Stellungnahme zur Reichspräsidentenwahl mit folgender Erklärung zur öffentlichen Kenntnis:

„Die Stichwahl zum Reichspräsidenten hat auch unter politischen Freunden verschiedene Auffassungen gezeitigt, die in der Presse bekannt geworden sind. Da auch meine Stellung in dieser Frage in der Oeffentlichkeit erörtert worden ist, erkläre ich folgendes:

Nachdem die Wiederwahl des Reichspräsidenten und Generalfeldmarschalls durch einen Vorsprung von 6 Millionen Stimmen gesichert , bin ich in der Lage, meiner persönlichen Verehrung für den Herrn Feldmarschall Ausdruck geben zu können, ohne meinen politischen Standpunkt zu verlassen."

Hitler spricht in Königsberg

(Telegraphische Meldung.)

Königsberg, 6. April. Adolf Hitler sprach im Haus der Technik. Er wandte sich **gegen die Sperre des Rundfunks für seine Reden.** In den nächsten Tagen werde, so führte er aus, Reichskanzler Dr. Brüning hier reden über die **Verteidigung des deutschen Ostens.** Die Nationalsozialisten wollten die **Hüter dieser Grenzen sein.** Käme es auf die NSDAP. an, so würden heute in Deutschland die Regimenter, Bataillone und Divisionen des Friedensstandes stehen. Wenn in Deutschland die NSDAP. herrsche, gebe es keinen Bürgerkrieg, und **die Zersplitterung werde ein Ende nehmen.** Die Partei sei **sozialistisch aus kalter Vernunft heraus.** Die NSDAP. lasse den anderen Parteien die Köpfe, sie haben die stärkeren Bataillone. Die Nationalsozialisten würden siegen, wenn nicht heute und nicht morgen, dann in einem oder zwei Jahren.

*

Danzig, 6. April. Adolf Hitler traf um 14,40 Uhr mit dem Flugzeug, aus Lauenburg kommend, auf dem Danziger Flugplatz ein, auf dem sich zu seiner Begrüßung eine etwa 20 000-köpfige Menschenmenge eingefunden hatte. Nach Abnahme der Parade der in voller Stärke erschienenen uniformierten Danziger SA. und SS. setzte er kurz nach 15,00 Uhr den Weiterflug nach Elbing fort.

Einheitsstaat durch Volksbegehren

(Telegraphische Meldung)

Duisburg, 6. April. Der **„Radikale Mittelstand"**, eine Absplitterung der Wirtschaftspartei, hat beim Reichsminister des Innern einen Zulassungsantrag auf ein Volksbegehren eingebracht, in dem es u. a. heißt:

„Die auf die Gliederung des Reiches in Ländern bezüglichen Vorschriften der Reichsverfassung werden aufgehoben. Artikel II der Reichsverfassung lautet:

Das Deutsche Reich ist ein Einheitsstaat. Die den Ländern nach der Reichsverfassung zustehenden Rechte gehen auf das Reich über."

Wie von den Beteiligten erklärt wird, soll der größte Teil der für den Zulassungsantrag notwendigen Eintragungen von Stimmberechtigten bereits erreicht sein, sodaß das Volksbegehren in allernächster Zeit zur Durchführung gelangen werde.

Saar-Aufruf zur Wahl

(Telegraphische Meldung)

Saarbrücken, 6. April. Die Deutsch-Saarländische Volkspartei, die Sozialdemokratische Partei, die Wirtschafts- und die Zentrumspartei des Saargebietes richteten an das deutsche Volk folgenden Aufruf:

„Das Saargebiet kann zwar nicht an der Reichspräsidentenwahl teilnehmen; wir Saarländer sprechen vor der schicksalhaften Entscheidung des nächsten Sonntags unseren Brüdern und Schwestern im Reich die ernste Mahnung aus: Seid einig! **Wir sind berechtigt** zu dieser Mahnung. Deutsches Schicksal ist unser Schicksal. In den großen nationalen Fragen waren wir an der Saar einig! Diese Einigkeit hat das Saargebiet dem Deutschtum gerettet. Deutsche Brüder, deutsche Schwestern, stellt das Wohl des Vaterlandes über das Parteiinteresse! Seid einig in dem einen großen Mann, in Hindenburg!"

Der Hindenburg-Aufruf der DVP.

In dem Hindenburg-Aufruf der Deutschen Volkspartei heißt es:

„Unser Eintreten für Hindenburg wird in keiner Weise die fernere Tatsache verdunkeln, daß wir bei den Preußischen Landtagswahlen mit aller Entschlossenheit den **Kampf gegen die Regierung der Weimarer Koalition** zu richten haben, erfüllt von dem Willen, an die Stelle der Parteiregierung eine von nationalem Geiste getragene Preußen-Regierung zu stellen. An alle Gesinnungsgenossen, Männer und Frauen, wird der dringliche Appell gerichtet, **sich mit ganzer Hingabe in den Dienst der großen Sache zu stellen.** Zunächst gelte es, die Wiederwahl des deutschen Nationalheros zu dem hohen Amte des Reichspräsidenten mit einer imposanten Mehrheit zu sichern. Hindenburgs gewaltiger Wahlerfolg muß dem In- und Auslande das Zeichen dafür sein, daß unser Volk in den Zeiten schwerer Not noch immer die Kraft besitzt, sich um die **Symbole des Vaterlandes und des nationalen Freiheitswillens zu vereinigen.** Deshalb tut alle Eure Pflicht!"

Hindenburg und die Weltpolitik

(Telegraphische Meldung.)

Berlin, 6. April. In einer Versammlung des Christlich-Sozialen Volksdienstes sprach Prof. Dr. Otto Hoetzsch über „Hindenburg und die Weltpolitik". Der Redner sagte u. a.: „Selbstverständlich wird Hindenburg gewählt, aber er muß die denkbar höchste Stimmenzahl erhalten, damit diese Wahl den Ausdruck gewinnt, der in ihr liegen soll. Die Außenpolitik stellt uns in den nächsten Monaten vor die schwersten Entscheidungen: in der Reparationsfrage, in der Abrüstungsfrage, in der Donaufrage und vielen anderen. Für diese Entscheidungen muß Deutschland im Innern so einig wie möglich sein. Der Führer dazu kann allein der Feldmarschall sein. Professor Dr. Hoetzsch sprach sodann von Hindenburgs Leistung als Staatsmann von 1925 bis heute.

Auf eine Reichstagsentschließung, die die sofortige Einstellung der Zahlung von Polizeikostenzuschüssen an das Land Braunschweig forderte, hat die Reichsregierung geantwortet:

„Nach Auffassung der Reichsregierung liegen die Voraussetzungen, die erforderlich sind, um Braunschweig die Polizeikostenzuschüsse zu sperren, zur Zeit nicht vor."

Rechts-Sieg Hitlers

(Telegraphische Meldung)

München, 6. April. Der Beleidigungsprozeß Adolf Hitlers gegen den verantwortlichen Schriftleiter der sozialdemokratischen „Münchener Post" wegen der Veröffentlichung der sog. schwarzen Liste wurde vor dem Amtsgericht beendet. **Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 2000 Mark oder 40 Tagen** Gefängnis. In der Urteilsbegründung führte das Gericht aus, daß die Beleidigung sehr schwer sei. **Die veröffentlichte Liste habe sich als falsch erwiesen.**

Die Antwort des Stahlhelms

Die Bundesleitung des Stahlhelms hat in ihrem Schreiben an den Reichspräsidenten, wir wir ergänzend erfahren, zum Ausdruck gebracht, daß von ihr selbst keine Ausschlüsse vorgenommen worden sind. Soweit von örtlichen Unterführern Maßregelungen vorgenommen sein wollten, ist eine Zurücknahme in Aussicht gestellt.

Marx über Hindenburgs Wiederwahl

(Telegraphische Meldung.)

Berlin, 6. April. Zentrum und Deutsche Staatspartei hielten eine gemeinsame Kundgebung ab, bei der Reichskanzler a. D. Dr. Marx sprach, der vor sieben Jahren Gegenkandidat Hindenburgs war. Marx gab einen Abriß über die politische Tätigkeit des Reichspräsidenten und betonte, daß sieben Jahre lang das Deutsche Volk und die ganze Welt Zeuge waren, wie Hindenburg die **Pflichten seines Amtes erfüllt** habe. Dann zeichnete der Reichskanzler a. D. in großen Zügen die menschlichen Eigenschaften und die Arbeitsweise des Reichspräsidenten und schilderte verschiedene persönliche Erlebnisse mit ihm. Marx betonte, daß er sich nie als Gegenkandidat hätte aufstellen lassen, wenn er gewußt hätte, wie pflichtgetreu und gewissenhaft Hindenburg sein Amt ausüben werde.

Berek-Direktor Martin beurlaubt

(Telegraphische Meldung.)

Berlin, 6. April. Der Aufsichtsrat der Berliner Anschlags- und Reklamegesellschaft (Berek) hat in einer zweieinhalbstündigen Sitzung nochmals Stellung zu der vorzeitigen Plakatierung der Hitlerplakate **durch die Berek** vor Beendigung des Burgfriedens genommen. Der Aufsichtsrat beschloß die **sofortige Beurlaubung des verantwortlichen Direktors Martin unter ausdrücklichem Vorbehalt weiterer Maßnahmen** einschließlich eventueller fristloser Entlassung nach Beendigung des Strafverfahrens. Dies ist der schärfste Antrag außer dem der Kommunisten, **der auf sofortige Entlassung hinausging.**

Der ungarische Ministerrat hat im Interesse des Gleichgewichts des Staatshaushalts beschlossen, die **Bezüge der öffentlichen Angestellten ab 1. Juli um 3 Prozent zu kürzen.**

*

Senator Paul-Boncour ist zum Ständigen Delegierten Frankreichs im Völkerbundsrat an Stelle des verstorbenen Aristide Briand ernannt worden.

Vorstoß Frankreichs im deutschen Osten

Seit einigen Wochen werden in den Ostprovinzen Ostpreußen, Grenzmark und Brandenburg bedeutende Mengen Kartoffeln und Vieh für holländische Rechnung aufgekauft, die über Hamburg und Stettin nach England und Frankreich gehen. Hinter den holländischen Firmen, die als Aufkäufer auftreten, stehen ausnahmslos französische Auftraggeber. In Berliner politischen Kreisen glaubt man, daß diese Vorgänge einen ernährungspolitischen Vorstoß Frankreichs im deutschen Osten darstellen, um die deutsche Regierung in den kommenden Monaten der außenpolitischen Entscheidungen in ihrer Entschlußfähigkeit dadurch einzuengen, daß auf diese Weise künstlich ernährungstechnische Schwierigkeiten in Ostdeutschland hervorgerufen werden. Seitens des für die Ostgebiete in erster Linie verantwortlichen Reichsministers Schlange-Schöningen werden Gegenmaßnahmen vorbereitet, die in Kürze in Wirksamkeit treten.

Haussuchungen in Dirschau

(Telegraphische Meldung.)

Dirschau, 6. April. In der Hauptgeschäftsstelle des Landbundes Weichselgau in Dirschau fand eine Haussuchung statt. Das Portobuch und einige Schreiben wurden beschlagnahmt. Der 2. Direktor, Erwin Wichmann, wurde nach der Haussuchung in seiner Privatwohnung festgenommen. Gleichzeitig fand eine Haussuchung im Kreiswirtschaftsverband Lakwa statt, wo ebenfalls das Portobuch beschlagnahmt wurde. Die Haussuchungen erfolgten auf Veranlassung der Postbehörde, die den genannten Verbänden Verstöße gegen das Postgesetz zum Vorwurf macht.

Schwere Unruhen auf Neufundland

(Telegraphische Meldung.)

Saint Johns (Neufundland), 6. April. Schwere Ausschreitungen einer mehrere tausend Personen zählenden Menschenmenge haben heute zum Rücktritt der Regierung geführt. Die Menge stürmte das Parlamentsgebäude, zerschlug die Fensterscheiben und warf amtliche Schriftstücke auf die Straße. Der Premierminister entkam mit Hilfe von drei Geistlichen. Den unmittelbaren Anlaß zu den Unruhen gab der Umstand, daß die Zulassung einer Abordnung zum Parlament sich verzögerte.

De Valeras Antwort an England

(Telegraphische Meldung)

Dublin, 6. April. In der Antwort der Regierung des irischen Freistaates wegen der beiden Streitfragen mit England wird erklärt, die Auffassung des Freistaates gehe dahin, daß der **Untertaneneid aus der Verfassung verschwinden müsse.** Er sei eine rein innerpolitische Frage, die Irland allein interessiere. Was die Jahreszahlungen betreffe, so könne hierüber verhandelt werden und De Valera sei bereit, sich zu diesem Zweck nach London zu begeben.

Wahlkampf auch in Frankreich

(Telegraphische Meldung)

Paris, 6. April. Ministerpräsident Tardieu hat die große politische Rede gehalten, die den Wahlkampf einleitet. Tardieu sprach beinahe anderthalb Stunden über die Leistungen der abgelaufenen Legislaturperiode 1928/32. Außenpolitisch, führte Tardieu aus, sei die erste Aufgabe die Beschwörung einer Wiederholung des Krieges und die Organisierung des Friedens gewesen.

Der Notwendigkeit einer Politik der Liquidierung des Krieges habe sich niemand entziehen können. In den Beziehungen zu Deutschland habe Frankreich ständig seinen Verständigungswillen bewiesen. Es habe dafür nicht immer Dank geerntet, und deshalb haben die französische Regierung und die Mehrheit des französischen Parlamentes „gewissen Theorien den Begriff des Vertrages und der Achtung der Unterschriften entgegengestellt."

Die Meldungen von einer bevorstehenden Umbesetzung wichtiger Posten in der NSDAP. werden von der Nationalsozialistischen Parteikorrespondenz als unrichtig bezeichnet.

*

Die Reichsregierung hat die Aufhebung der erhöhten Umsatzsteuer für Konsumvereine und Warenhäuser, die der Reichstag verlangt hatte, mit Rücksicht auf die Finanzlage abgelehnt.

Hugenbergrede in Nürnberg

Nürnberg, 6. April. In einer Kundgebung der Deutschnationalen Volkspartei sprach hier Geheimrat Dr. Hugenberg über „Reichspolitik" und führte u. a. aus, die Deutschnationale Partei **nehme es dem einzelnen nicht übel, wenn er sein Wahlrecht zur Präsidentenwahl wahrnähme und Hitler wähle.** Nationale Opposition und Nationalsozialismus seien nicht dasselbe, aber ihr Ziel sei das gleiche. Er kritisierte dann die Regierungspolitik in den letzten Jahren und erklärte, die Deutschnationalen seien **der Kern, aus dem ein neues Bürgertum aufwachsen könne.** Unter den alten Reichsfarben wolle man zum Siege kommen.

Handel • Gewerbe • Industrie

Osthilfe durch Reform der Arbeitsverfassung

Von Graf Schwerin, Wildenhoff (Ostpreußen)

Das deutsche Volk in seiner 6-Millionen-Arbeitslosen-Not schreit nach ländlicher Siedlung. Mehr als die Hälfte des Erfolges einer Siedlung liegt in der Person des Siedlers. Vorbedingung sind nicht allein guter Wille, Disziplin und Lebensdrang, vor allem gehören praktische Kenntnisse und physische Uebung und Fähigkeit zu der Verrichtung der Arbeiten, dazu die „glückliche Hand" bei Tierhaltung und Aufzucht, insgesamt: Wesensverbundenheit mit dem Beruf. Man übersieht leicht, daß bei der Siedlung auf dem vorhandenen Material aufgebaut werden muß: Alles, Inventar, Gebäude, Gerät, muß eingesetzt werden, wenn mit beschränkten Mitteln das geleistet werden soll, was die Aufgabe ist: — die Massenansiedlung! Preußen hat im Jahre 1931 12 000 Siedlerstellen geschaffen und wird 1932 nur etwa 10 000 Stellen einrichten. Rechnet man 3,2 Arbeitskräfte auf eine Stelle, so sind 1931 36 000 Menschen der Landwirtschaft zugeführt. Aber — 6 Millionen Menschen warten der Arbeit. Will man gleichzeitig die gesamte Landwirtschaft der Rentabilität nähern, so muß gerade im Hinblick auf die Siedlung unsere

ländliche Arbeitsverfassung

von Grund auf reorganisiert werden. Schon heute stehen 30 Prozent der Landarbeiterwohnungen im Osthilfegebiet leer. Es hilft uns nichts, die bisher verhältnismäßig geringe Anzahl neuer Bauernstellen zu schaffen, wenn gleichzeitig durch die Not der Großbetriebe die Arbeitsmöglichkeit von Tag zu Tag schwindet. **Ohne die Osthilfe ist ein Siedlungserfolg nicht denkbar.**

Der landwirtschaftliche Kleinbetrieb verwendet, umgerechnet auf die Flächeneinheit, ein Mehrfaches an Menschenarbeit als der Großbetrieb. Dieser ersetzt menschliche Arbeit durch Anwendung von Maschinen, die zu ihrem größeren Teil im Kleinbetrieb nicht anwendbar sind. Wir müssen aber heute Wert darauf legen, menschliche Arbeit anzuwenden, um der Arbeitslosigkeit Herr zu werden, auch dann, wenn die Produktivität der geleisteten Arbeit um eine Kleinigkeit geringer ist. Eine Vermehrung der Arbeitsstellen in den Großbetrieben ist aber nur dann wirtschaftlich richtig, wenn der einzelne Arbeiter nur einen Teil seiner Arbeitskraft dem Großbetrieb zur Verfügung stellt und den anderen Teil selbst im eigenen Interesse verwendet. Zu diesem Zweck muß ihm ein eigenes Produktionsmittel gegeben werden, und das ist Land.

Aus diesem Gedanken heraus habe ich den Vorschlag gemacht, mit wenigen Ausnahmen sämtliche Arbeiter derjenigen Betriebe, die im Osthilfeverfahren saniert werden sollen, zu

Kleinbauern mit Eigenwirtschaften

zu machen, die etwa die Hälfte der Arbeitszeit der Familie in Anspruch nehmen. Auf diesem Wege läßt sich die Anzahl der landwirtschaftlichen Arbeiterstellen, die nunmehr zu selbständigen Landvolkstellen werden, verdoppeln, ohne daß der verbleibende Großbetrieb mit mehr Aufwendungen belastet wird. Im Gegenteil, es fällt für den Großbetrieb eine der wesentlichsten Tatsachen seines Rentabilitätsmangels fort, nämlich der Umstand, daß er ständig beschäftigte Leute auch dann zu entlohnen hat, wenn er deren Arbeit nicht oder nicht voll ausnutzen kann. Die Durchführung eines solchen Gedankens würde die Zahl der ländlichen Arbeiterstellen annähernd verdoppeln, gleichzeitig aber auch die Betriebsführung des Restbetriebes wesentlich rentabler gestalten.

Die erforderlichen Kapitalaufwendungen für die Ergänzungs- und Neubauten sind im Verhältnis zu den neugewonnenen Arbeitsstellen gering. Genaue finanzielle Planung hat ergeben, daß eine so geschaffene Arbeitsstelle einen Kostenaufwand von nur etwa 1500 RM. erfordert gegen etwa 4000 RM. bei unserem jetzigen Siedlungssystem! Durch Bewertung der Gebäude und des Landes gegen Umlagerung der entsprechenden Hypothekenteile auf die Landvolkstellen wird eine erhebliche Entschuldung des Großbetriebes geschaffen. Diese Sanierung läßt sich auch dort noch durchführen, wo durch Umschuldungsmittel der Osthilfe allein die Sanierung nicht mehr gelingt. Alle Einzelheiten dieses Systems sind genau ermittelt, und zwar von Praktikern der Landwirtschaft und des Siedlungswesens und, nicht zuletzt, von Praktikern des Sanierungswesens. Die landwirtschaftlichen Betriebe über 100 ha beschäftigen 1,2 Millionen Handarbeiter. Nimmt man hiervon fünf Sechstel als im Osthilfegebiet liegend an und wiederum nur die Hälfte als sanierungsbedürftig, so ergibt dieses System eine Vermehrung um mindestens eine halbe Million vollbeschäftigter Arbeitsstellen.

Ein solches Ziel ist greifbar und schnell durchführbar. Es ist aber selbst heute noch für uns finanziell zu bewältigen, weil die Mittel der Osthilfe, der Siedlung und der Arbeitslosenversicherung hier zusammenwirken und ganzes schaffen können. Vorbedingung für die Durchführbarkeit ist einerseits eine Aenderung der für die Siedlung maßgebenden gesetzlichen Bestimmungen, vor allem aber als wichtigstes die Zusammenfassung und die alleinige Betrauung einer leitenden Stelle mit dieser, vielleicht der lebenswichtigsten Aufgabe für unser deutsches Volk.

*

Der Vorschlag des Grafen Schwerin, Wildenhoff, verdient großes Interesse. Die Fachleute mögen entscheiden, in welchen Grenzen sein Plan durchführbar ist; daß aber für einen sehr großen Teil der zur Sanierung kommenden Güter dieser Weg der richtige, vielleicht allein mögliche ist, möchten wir mit Bestimmtheit annehmen. Die völlig falsche Uebertragung der gewerblichen und industriellen Arbeitsverfassung auf die Bedürfnisse der Landwirtschaft, für die eine solche restlose Einbeziehung des Arbeitsverhältnisses in den Geldverkehr von Grund auf falsch war, besonders aber die ebenfalls grundfalsche Uebertragung der städtischen Sozialgesetzgebung auf die ganz anders gelagerten landwirtschaftlichen Verhältnisse haben zum großen Teil zu der heutigen schweren Notlage der ostdeutschen Landwirtschaft beigetragen. Es wird bis zu einem gewissen Grade unvermeidlich sein, längst vergangene Arbeitsbeziehungen in moderner Form wieder einzuführen, wenn das Ziel erreicht werden soll, den für die Volksgesamtheit unentbehrlichen Gutsbetrieb zu erhalten und zugleich dem Osten neue Menschen zuzuführen. Graf Schwerin zeigt mit seinem Vorschlag den Weg zu dieser einheitlichen und gleichzeitigen Lösung beider Probleme.

Polnische Maximalzölle für deutsche Waren

Vor Aufhebung der Kampfverbote gegen Deutschland

Durch eine im polnischen Gesetzblatt „Dziennik Ustaw" Nr. 26/1932 erschienene Verordnung werden die Bestimmungen über Maximalzölle dahin abgeändert, daß deren Sätze statt wie bisher mit 100 Prozent fortan mit 200 Prozent über den normalen Zollsätzen liegen werden. Durch eine gleichzeitig im Staatsanzeiger „Monitor Polski" veröffentlichte Verfügung werden die praktisch bisher noch auf kein Land angewandten Maximalzölle vom 1. April ab zum ersten Male Deutschland gegenüber in Kraft gesetzt. Entsprechend dem neuen deutsch-polnischen Handelsübereinkommen bleibt die Anwendung der polnischen Maximalzölle auf diejenigen deutschen Waren beschränkt, die ohnehin schon den vom Uebereinkommen unberührten polnischen Kampf-Einfuhrverboten unterlagen. Wie die „Gazeta Handlowa" mitteilt, wird im Industrie- und Handelsministerium eine Verordnung vorbereitet, die diese gegen Deutschland gerichteten Einfuhrverbote aufheben wird, da man eine gleichzeitige Anwendung von Einfuhrverboten und Maximalzöllen auf dieselben Waren für „unpraktisch und die Lage komplizierend" halte. Für eine gewisse Anzahl von Waren, hauptsächlich Kolonialwaren, werden indessen die bisherigen Kampfverbote laut „Gazeta Polska" aufrecht erhalten bleiben, da man in einer Ersetzung der Einfuhrverbote durch Maximalzölle immerhin eine Erleichterung des Warenaustausches erblickt und eine solche dem Kolonialwarenimport aus Deutschland im Hinblick auf die von der polnischen Regierung geförderte seewärtige Einfuhr von Kolonialwaren (über Gdingen und Danzig) nicht zugute kommen lassen will.

Berliner Produktenbörse

Berlin, 6. April 1932.

Weizen		
Märkischer		258—260
„	Mai	270¼
„	Juli	275½—275¾
„	Sept.	230
Tendenz: ruhig		
Roggen		
Märkischer		199—201
„	Mai	198¼—198¾
„	Juli	201
„	Sept.	189—189½
Tendenz: stetig		
Gerste		
Braugerste		184—192
Futtergerste und Industriegerste		171—183
Wintergerste, neu		
Tendenz: fester		
Hafer		
Märkischer		162—167
„	Mai	175½—177
„	Juli	182—182½
„	Sept.	—
Tendenz: fest		
für 1000 kg in M. ab Stationen		
Mais		
Plata		—
Rumänischer		—
für 1000 kg in M.		
Weizenmehl		31½—35
Tendenz: behauptet		
für 100 kg brutto einschl. Sack in M. frei Berlin		
Feinste Marken üb. Notiz bez.		
Roggenmehl		
Lieferung		26½—27,90
Tendenz: ruhig		

Weizenkleie		11,20—11,40
Weizenkleiemelasse		—
Tendenz: behauptet		
Roggenkleie		10,40—10,70
Tendenz: still		
für 100 kg. brutto einschl. Sack in M. frei Berlin		
Raps		
Tendenz:		—
für 1000 kg in M. ab Stationen		
Leinsaat		—
Tendenz:		
für 1000 kg in M.		
Viktoriaerbsen		18,00—25,00
Kl. Speiseerbsen		21,00—24,00
Futtererbsen		15,00—17,00
Peluschken		16,50—18,50
Ackerbohnen		15,00—17,00
Wicken		16,00—19,50
Blaue Lupinen		10,75—12,00
Gelbe Lupinen		14,50—16,50
Seradella, alte		—
„	neue	31,00—36,50
Rapskuchen		—
Leinkuchen		11,80
Erdnuskuchen		—
Trockenschnitzel prompt		9,50
Sojabohnenschrot		12,80
Kartoffelflocken		17,00—17,30
für 100 kg in M. ab Abladestat. märkische Stationen für den ab Berliner Markt per 50 kg		
Kartoffeln,	weiße	—
„	rote	—
Odenwälder	blaue	—
„	gelbfl.	—
„	Nieren	—
Fabrikkartoffeln pro Stärkeprozent		—
Allg. Tendenz:		

Posener Produktenbörse

Posen, 6. April. Roggen Orientierungspreis 25,75—26,00, Transaktionspreis 117 To. 26,00, Weizen Orientierungspreis 26,50—26,75. Transaktionspreis 30 To. 26,75, mahlfähige Gerste A 20,50—21,50, B 21,50—22,50, Braugerste 23,75—24,75, Saathafer 22,50—23,00, Hafer 20,75—21,25, Roggenmehl 65% 39—40. Weizenmehl 65% 40—42, Roggenkleie 16,25—16,75, Weizenkleie 15—16, grobe Weizenkleie 16—17, Raps 32—33, Senfkraut 30—35, Sommerwicken 22,50—24,50, Viktoriaerbsen 23—26, Folgererbsen 32—36, Peluschken 26—28, blaue Lupinen 11,50—12,50, gelbe Lupinen 16—17, Serradelle 32—34, roter Klee 160—210, weißer Klee 320—460, schwedischer Klee 130—150, englisches Reisgras 45—50, loses Heu 5,50—6,00, gepreßtes Heu 7,75—8,25, loses Stroh 3,50—4,00, gepreßtes Stroh 4,50—5,00, Leinkuchen 36—38% 26—28, Rapskuchen 36—38% 18—19, Sonnenblumenkuchen 19—19,50. Stimmung ruhig.

Berliner Produktenmarkt

Ruhig, aber ziemlich stetig

Berlin, 6. April. Aeußerst ruhiges Geschäft bleibt weiterhin das Kennzeichen des hiesigen Produktenmarktes. Die in Aussicht genommene Hühnerweizen-Aktion wurde hier lebhaft erörtert, und man wartet nunmehr auf eine baldige Regelung der Mahlweizeneinfuhr. Am Promptmarkt tritt das Angebot vereinzelt mehr in Erscheinung, obwohl für Weizen seitens der Rheinischen Mühlen einige Nachfrage besteht. Gestrige Preise waren nicht immer durchzuholen, der Lieferungsmarkt eröffnete bis 1 Mark schwächer. Deutscher Roggen ist zur Kahnverladung weiter offeriert und hier schwer unterzubringen. Auch für Waggonware lauteten die Gebote eher 1 Mark niedriger, während die Roggenlieferungspreise unverändert blieben. Weizen- und Roggenmehle liegen bei unveränderten Forderungen ruhig. Am Hafer- und Gerstenmarkt kommt zu erhöhten Forderungen nur mäßiges Offertenmaterial heraus, und der Konsum muß bei der Deckung seines Bedarfs höhere Preise anlegen. Weizen- und Roggenexportscheine wurden wieder höher bewertet.

Breslauer Produktenmarkt

Gehalten

Breslau, 6. April. Die Tendenz für Weizen war unverändert, ebenso für Roggen. Hafer liegt eine Kleinigkeit fester. Gersten waren gut gefragt bei sehr geringem Angebot. Die Käufer mußten 2 bis 3 Mark höhere Preise bewilligen. Dies gilt insbesondere für Industriegerste. Am Futtermittelmarkt waren die Offerten in Kraftfutter leicht erhöht, doch blieben die Umsätze minimal, da besonders der Konsum weiter zurückhält. Kleie liegt stetig.

Breslauer Produktenbörse

Getreide Tendenz: ruhiger

	6. 4.	5. 4.
Weizen (schlesischer) Hektolitergewicht v. 74,5 kg	258	258
„ 78 „	262	262
„ 72 „	248	248
Sommerweizen, hart, glasig 80 kg	264	264
Roggen (schlesischer) Hektolitergewicht v. 71,2 kg	210	210
„ 72,5 „	—	—
„ 69 „	206	206
Hafer, mittlerer Art u. Güte neu	160	160
Braugerste, feinste	196	196
Sommergerste, mittl. Art u. Güte	184	184
Wintergerste 63—64 kg	—	—
Industriegerste 65 kg	184	184

Mehl Tendenz: ruhiger

	6. 4.	5. 4.
Weizenmehl (Type 60%) neu	35¾	35¾
Roggenmehl*) (Type 70%) neu	30½	30½
Auszugmehl	41¾	41¾

*) 65%iges 1 RM teurer, 60%iges 2 RM teurer.

Breslauer Viehmarkt

Breslau, den 6. April 1932

Amtlicher Bericht des Breslauer Schlachtviehmarktes

Der Auftrieb betrug: 1184 Rinder, 1066 Kälber, 553 Schafe 3839 Schweine.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht in Goldmark:

A. Ochsen 79 Stück	
a) vollfl. ausgem. höchst. Schlachtwert. 1. jüngere	27—30
2. ältere	—
b) sonstige vollfleischige 1. jüngere	21—23
2. ältere	—
c) fleischige	10—17
d) gering genährte	—
B. Bullen 553 Stück	
a) jüngere, vollfleischige höchsten Schlachtwert.	26—27
b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete	20—22
c) fleischige	15—16
d) gering genährte	—
C. Kühe 426 Stück	
a) jüngere vollfleischigen Schlachtwertes	24—26
b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete	18—20
c) fleischige	13—15
d) gering genährte	8—10
D. Färsen 109 Stück	
a) vollfleischige ausgem. höchst. Schlachtwertes	27—29
b) vollfleischige	21—23
c) fleischige	15—17
E. Fresser 17 Stück	
Mäßig genährtes Jungvieh	—
Kälber	
a) Doppelender bester Mast	—
b) beste Mast- und Saugkälber	40—44
c) mittlere Mast- und Saugkälber	32—36
d) geringe Kälber	24—27
Schafe	
a) Mastlämmer und jüngere Masthammel	—
1. Weidemast	—
2. Stallmast	34—40
b) mittlere Mastlämmer, ältere Masthammel und gut genährte Schafe	27—29
c) fleischige Schafe	—
d) gering genährte Schafe	20—
Schweine	
a) Fettschweine über 300 Pfd. Lebendgewicht	—
b) vollfl. Schweine v. ca. 240—300 Pfd. Lbdgew.	34—35
c) vollfl. Schweine „ „ 200—240 „	33—34
d) vollfl. Schweine „ „ 160—200 „	31—32
e) fleischige Schweine v. ca. 120—160 Pfd. Lbdgew.	28—29
f) fleischige Schweine unter 120 Pfd. Lbdgew.	—
g) Sauen und Eber	30

Geschäftsgang: Rinder schlecht, Kälber, Schafe langsam, Schweine schlecht. Es bleibt geringer Ueberstand.

Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsschwund ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Berliner Börse

Sehr still und abbröckelnd

Berlin, 6. April. Die Bilanzfälschungen im Kreuger-Konzern hinterließen an der Börse einen ziemlich starken Eindruck, obwohl bereits mit Ueberraschungen in dieser Angelegenheit gerechnet wurde. Zu Beginn des Verkehrs zeigte es sich aber, daß sich die vorliegenden Momente infolge der Geschäftsstille kaum auswirken können, jedenfalls ergaben sich keine größeren Verluste. Lediglich Svenska, die aber jetzt außerhalb der Allgemeintendenz stehen, gingen um 3½ Mark zurück. Die Spekulation neigt aus rein markttechnischen Gründen in Erwartung der Wiederaufnahme der amtlichen Kursfestsetzung eher zu Deckungen und kleinen Rückkäufen. Eine weitere Anregung war darin gegeben, daß die befürchtete Notverordnung über den Effektenhandel mit dem Auslande nun doch nicht ergehen soll. Ueber den üblichen Rahmen von 1 Prozent waren Barmer Bankverein um 3 Prozent, Chade um 2 Mark, Stöhr um 1½ Prozent und IG. Chemie Basel um 2 Prozent gedrückt. Im Verlaufe bröckelten die Kurse leicht ab. Nur Gelsenkirchen holten ihren Anfangsverlust von etwa 1 Prozent wieder auf. Auch Farben zeigten nach schwächerer Eröffnung etwas freundlichere Veranlagung. Zellstoff Waldhof gaben heute um insgesamt 2 Prozent nach, Siemens, bei denen die anhaltende Schwäche der Obligationen verstimmte, gingen 1 bis 1½ Prozent zurück. Der Pfandbriefmarkt zeigte ein durchweg schwächeres Aussehen. Deutsche Anleihen und Reichsschuldbuchforderungen gaben gleichfalls nach. Geld weiter erleichtert, Tagesgeld war 6¼ Prozent und darüber.

Am Kassamarkt zogen Stettiner Elektrizitätswerke um 3 Prozent an, Günther & Sohn gewannen 1 Prozent, von Brauereiaktien waren Dortmunder Union und Dortmunder Aktienbrauerei je 2 Prozent höher. Andererseits büßten Dyckerhoff & Widmann, Deutsche Baumwolle und Wanderer-Werke je 1 Prozent ein. Am Pfandbriefmarkt neigte die Tendenz im Verlaufe weiter zur Schwäche. Deutsche Anleihen schlossen unter Vortagsniveau. Von Industrie-Obligationen fielen besonders die 6½prozentigen Siemens durch schwache Haltung auf. Am Devisenmarkt waren die Veränderungen im allgemeinen nur gering. Schweiz lag fester, Stockholm schwächte sich um 20 Pfennig ab. Die Börse schloß in lustloser und überwiegend schwächerer Haltung. Eine Ausnahme machten Chade-Aktien, die um 5 Mark anzogen. Svenska hatten sehr ruhiges Geschäft, konnten aber gegen den schwachen Anfang ebenfalls um etwa 2 Mark anziehen.

Banknoten

Sorten- und Notenkurse vom 6. April 1932

	G	B		G	B
Sovereigns	20,38	20,46	Litauische	41,72	41,88
20 Francs-St.	16,16	16,22	Norwegische	82,93	83,27
Gold-Dollars	4,185	4,205	Oesterr. große	—	—
Amer. 1000-5 Doll.	4,20	4,22	do. 100 Schill. u. darunter	—	—
do. 2 u. 1 Doll.	4,20	4,22	Rumänische 1000 u. neue 500 Lei	2,49	2,51
Argentinische	1,03	1,05	Rumänische unter 500 Lei	2,46	2,48
Brasilianische	0,225	0,245	Schwedische	84,93	85,27
Canadische	3,76	3,78	Schweizer gr.	81,56	81,88
Englische, große	15,83	15,89	do. 100 Francs u. darunter	81,56	81,88
do. 1 Pfd. u. dar.	15,83	15,89	Spanische	32,04	32,16
Türkische	1,99	2,01	Tschechoslow. 5000 Kronen u. 1000 Kron.	12,41	12,47
Belgische	58,68	58,92	Tschechoslow. 500 Kr. u. dar.	12,41	12,47
Bulgarische	—	—	Ungarische	—	—
Dänische	86,93	87,27			
Danziger	82,29	82,61			
Estnische	108,78	109,22			
Finnische	7,22	7,26			
Französische	16,56	16,62			
Holländische	170,06	170,74			
Italien. große					
do. 100 Lire	22,11	22,19			
und darunter	22,11	22,19			
Jugoslawische	7,30	7,34			
Lettländische	—	—			

Halbamtl. Ostnotenkurse

Kl. poln. Noten	—	—
Gr. do. do.	46,90	47,30

Devisenmarkt

Für drahtlose Auszahlung auf	6. 4.		5. 4.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Buenos Aires 1 P. Pes.	1,068	1,072	1,068	1,072
Canada 1 Can. Doll.	3,786	3,794	3,786	3,794
Japan 1 Yen	1,389	1,391	1,399	1,401
Kairo 1 ägypt. Pfd.	16,29	16,33	16,27	16,31
Istambul 1 türk. Pfd.	—	—	—	—
London 1 Pfd. St.	15,87	15,91	15,85	15,89
New York 1 Doll.	4,209	4,217	4,209	4,217
Rio de Janeiro 1 Milr.	0,256	0,258	0,256	0,258
Uruguay 1 Goldpeso	1,728	1,732	1,728	1,732
Amstd.-Rottd. 100 Gl.	170,43	170,77	170,28	170,62
Athen 100 Drachm.	5,395	5,405	5,495	5,505
Brüssel-Antw. 100 Bl.	58,84	58,96	58,84	58,96
Bukarest 100 Lei	2,522	2,528	2,517	2,523
Budapest 100 Pengö	56,94	57,06	56,94	57,06
Danzig 100 Gulden	82,42	82,58	82,47	82,63
Helsingf. 100 finnl. M.	7,283	7,297	7,293	7,307
Italien 100 Lire	21,72	21,76	21,72	21,76
Jugoslawien 100 Din.	7,413	7,427	7,413	7,427
Kowno	41,98	42,06	41,98	42,06
Kopenhagen 100 Kr.	87,11	87,29	87,11	87,29
Lissabon 100 Escudo	14,39	14,41	14,39	14,41
Oslo 100 Kr.	83,12	83,28	83,12	83,28
Paris 100 Frc.	16,60	16,64	16,57	16,61
Prag 100 Kr.	12,465	12,485	12,465	12,485
Reykjavik 100 isl. Kr.	70,43	70,57	70,43	70,57
Riga 100 Latts	79,72	79,88	79,72	79,88
Schweiz 100 Frc.	81,74	81,90	81,67	81,83
Sofia 100 Leva	3,057	3,063	3,057	3,063
Spanien 100 Peseten	31,92	31,98	31,92	31,98
Stockholm 100 Kr.	85,11	85,29	85,31	85,49
Talinn 100 estn. Kr.	109,39	109,61	109,39	109,61
Wien 100 Schill.	49,95	50,05	49,95	50,05
Warschau 100 Złoty	47,15—47,35		47,10—47,30	